

Danziger Zeitung.

Nr. 19933.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aelterhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der Militärcommission wurde unter großer Theilnahme von Reichstagsmitgliedern aller Parteien, die als Zuhörer (wenigstens 70) erschienen waren, verhandelt. Der große Saal der Budgetcommission war vollständig besetzt. Der erste Redner war Abg. Lieber (Centr.), der gegen die Vorlage ziemlich scharf sprach und besonders auf die früheren abweichenden Erklärungen des Vorgängers des jetzigen Kriegsministers hinwies. Der Reichskanzler Graf Caprivi hob in seiner Entgegnung mit scharfer Betonung hervor, daß die verbündeten Regierungen in keinem Fall auf den Vorschlag der Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Präsenzstärke eingehen würden. Auch die Gewährung von 18 000 Mann Ersatzreserve sei keine Compensation für die zweijährige Dienstzeit. Das führe zur Milliardee. (Damit scheint freilich die erst gestern näher gerückte Aussicht auf eine Verständigung wieder in weite Ferne verschwunden zu sein.)

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Die Steuercommission des Abgeordnetenhauses hat die ersten beiden Paragraphen des Communalabgabengesetzes unverändert angenommen.

Halle, 19. Januar. (M. T.) Die bakteriologische Untersuchung hat bestätigt, daß die verdächtigen Erkrankungen in der Irrenanstalt von Nietleben Cholera asiatica sind. Der „Baltischen Zeitung“ zufolge sind bis gestern Abend 11 Uhr erst 28 Erkrankungen und 13 Todesfälle vorgekommen. Der Landrath des Saalkreises hat bereits das Auftreten der Cholera asiatica bekanntgemacht.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Januar.

Der Schluß der Etatsberatung im Abgeordnetenhause.

In der ersten Beratung des Etats im Abgeordnetenhause, der nach einer Reihe langer und schöner Reden gestern denn auch zum Abschluß gekommen ist, wurde fast ausschließlich Zukunfts- und Politik getrieben. Wie soll das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaat geändert werden und wie sollen künftige Ueberschüsse der Eisenbahnen u. s. w. verwendet werden? Nebenbei spielte Frhr. v. Bötticher diese sachliche Frage auf eine persönliche hinaus. Besser könne es nur werden, wenn preussische Finanzen und Reichsfinanzen in einer verantwortlichen Hand vereinigt werden, was Herr Richter in seiner umfassenden, die gesammte politische Situation und namentlich die preussische Finanzlage beleuchtenden Rede dahin übersetzte, daß Herr Dr. Miquel das Reichsfinanzamt für sich erobern solle, wogegen er gar nichts einzuwenden habe. Der Herr Finanzminister selbst konnte natürlich nicht umhin, gegen die Unterstellung zu protestieren, als ob er eine solche Absicht habe. Natürlich vertheidigte er sich auch gegen die Richtersche Behauptung, daß er mit der Steuerreform agrarische Politik treibe. Das sind eben Wortspiele. Geht doch gerade jetzt das Dankschreiben durch die Blätter, welches der Finanzminister an Frhrn. v. Schorlemer-Alst als den Vorsitzenden des westfälischen Bauernvereins gerichtet hat und

Ein Besuch bei einem Pagen Napoleons I.

Man wäre geneigt, es für ein Märchen zu halten, was Paul Holzhausen in der „M. Allg. Ztg.“ erzählt, wenn der Verfasser nicht versichert, es selbst erst vor vierzehn Tagen erlebt zu haben. In einem alterthümlichen Hause der Dresdener Altstadt (Lüttichau-Straße 7) wohnt der merkwürdige Greis, der im Jahre 1892 von den Tagen der Dresdener und Leipziger Schlachten mit einer Frische und Lebendigkeit zu erzählen weiß, wie andere von Mützel oder Röllinggrub und von den Napoleon, Dürpelt oder Caulaincourt plaudert, wie irgend ein Vertrauter vom alten Kaiser Wilhelm oder von Moltke und Bismarck berichtet.

E. Moritz, Graf v. Holkenhorff, heute Generalmajor a. D. der sächsischen Armee, und wohl ohne Zweifel der letzte Veteran derselben aus den großen Kriegen von 1813 bis 1815 wurde, wie er dem ihn besuchenden Holzhausen selbst mitgetheilt, am 3. Juni 1794 zu Schloß Bärenstein bei Altenberg im sächsischen Gebirgslande geboren. Im Jahre 1806 war er auf der Domshöhe zu Naumburg, und noch heute erinnert sich der alte Mann, welchen Eindruck damals die wenige Stunden von seinem Wohnorte entfernte Schlacht bei Auerstedt hervorgerufen. Der junge Gymnasialschüler verkehrte in jenen Tagen vielfach mit den französischen Soldaten vom Corps Davouts, die ihn auf ihren Wegen durch die Stadt Naumburg wegen seiner Kenntniß der französischen Sprache gern zum Führer nahmen. Bald nachher trat der Graf in das königliche Pagenhaus zu Dresden ein und gehörte im Jahre 1812 während der großen Festlichkeiten am sächsischen Hofe, die dem schauerlichen Feldzuge Napoleons nach Rußland vorausgingen, zu den Pagen, welche den äußeren Dienst bei dem Kaiser hatten, während der innere ausschließlich von Franzosen versehen wurde. Der bei diesen

in welchem Herr Dr. Miquel als den wesentlichen Zweck der Steuerreform bezeichnet: die Entlastung des Grundbesitzes von einer einseitigen und ungleichen auf demselben lastenden Vor- und Doppelbesteuerung. Im übrigen ist der Streit darüber, ob die Finanzlage eine mehr oder weniger rosig ist, ziemlich gegenstandslos. Jeder sieht die Augen mit seinen Augen, und der eine hält die Augen halb oder ganz zu, der andere offen. Gestern hatte Frhr. v. Müllingerode es für ein Schlagwort erklärt, wenn man die 92er Ernte für eine vorzügliche erkläre, worauf Abg. Richter ihn darauf aufmerksam machte, daß die Thronrede bei Eröffnung des Reichstages sich dieses „Schlagwort“ bedient habe.

Den Schluß der Debatte bildete ein langer Wunschzettel, den Herr v. Ennen im Interesse der rheinisch-westfälischen Industrie der Eisenbahnverwaltung ans Herz legte, ohne daß der Eisenbahnminister sich veranlaßt gefühlt hätte, dieses Mittel, die Sonne eines glücklichen Tages durch die Wolken brechen zu machen, einer Erörterung zu unterziehen.

Des Reichstages Schwerinstag.

Der Reichstag hat, wie schon gemeldet, gestern am Schwerinstage die unerquicklichen ersten Lesungen der Steuerentwürfe durch die selbst für die Antragsteller unerquickliche Beratung der Anträge Ackermann und Gen. betreffend den Befähigungsnachweis für selbständige Handwerker unterbrochen; Anträge, von denen der socialdemokratische Abg. Bock etwas krasch, aber nicht unzutreffend behauptete, sie würden nur eingebracht, um die Handwerker als Stimmvieh vor den Parteiwagen der Antragsteller zu spannen. Staatssecretär v. Bötticher hielt es nicht für erforderlich, die Stellung der Regierung zu diesen Anträgen noch einmal zu präzisieren, nachdem er schon vor Jahresfrist erklärt hat, daß Befähigungsnachweis und Innungszwang unmöglich seien und daß die Regierung die Hebung des Handwerks durch Einführung von Handwerkerkammern anstrebe. Unter diesen Umständen ist die Freude der Antragsteller darüber, daß auch die Polen, wie der Abg. v. Dziembowski verkündete, jetzt für die Anträge stimmen würden, eine nicht ungetrübte. Wie die Dinge stehen, wird die Regierung sich auch durch die schönste Mehrheit nicht in ihren Absichten erschüttern lassen. In ruhigen Zeiten würde man vielleicht die angekündigte Vorlage der Regierung abgemauert haben, aber da die Militärfrage die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages in Sicht gebracht hat, so ist es begreiflich, daß die Herren Ackermann und Genossen die verrostete Waffe wieder heraus-holen. Wie gering sie selbst die Aussichten tagiren, geht schon daraus hervor, daß sie nicht mehr, wie in früheren Sessionen, einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht haben, sondern sich mit der Aufforderung an die Regierung begnügen, einen solchen auszuarbeiten. Das ist nicht nur bequemer, es hat auch den Vortheil, daß man die eigene Unfähigkeit, das gesetzgeberische Problem zu lösen, nicht eingestehen braucht, obgleich man sich, wie der Abg. Ackermann versicherte, seit 20 Jahren mit demselben beschäftigt.

Neue Gründe für und gegen wurden natürlich nicht vorgebracht. Es klang aber ganz hübsch, als der Schornsteinfegermeister Meyner vom Centrum die Gegnerschaft der Socialdemokraten gegen die Innungen — der Abg. Stolle hatte an der Hand der österreichischen Gesetzgebung die Unmöglichkeit der Durchführung der Anträge nachgewiesen — darauf zurückführte, daß in den Innungen die Männer der Ordnung und der Frömmigkeit die Zügel führten. Dem freisinnigen Abg. Schrader, der in ruhiger und sachlicher Weise und unter gespannter Aufmerksamkeit der

Festen anwesenden fürstlichen Personen, insbesondere Friedrich Wilhelm III. und der Kaiserin Marie Louise, wie der meisten Marschälle des Kaisers, Neys, Murats, Davouts, erinnert sich der alte Graf noch jetzt auf das genaueste, und die phantastische Uniform des Königs von Neapel beschreibt er seinen Besuchern noch heute kurz und drastisch. Am 14. August 1812 wurde Graf Holkenhorff Souslieutenant in der damaligen sächsischen Leib-Rürassier-Brigade (jetzt Garde-Reiter-Regiment), dem einzigen sächsischen Regiment, welches den Feldzug nach Rußland nicht mitmachte. Dafür nahm er einen um so regeren Antheil an der Campagne von 1813 bis nach der Schlacht bei Leipzig. Die Leib-Rürassier-Brigade gehörte zu der von Generalmajor v. Leffing befehligten sächsischen Rürassier-Brigade. Diese wiederum gehörte zu der Division Bordesoul und letztere zum ersten Reitercorps der „großen Armee“, welches General Catour-Maubourg commandirte, der bekanntlich in der Schlacht bei Leipzig ein Bein verlor. Beide Generale, Bordesoul und Catour, hat Graf Holkenhorff persönlich gekannt und er rühmte mir im mündlichen Verkehr ihr freundliches und leutseliges Benehmen gegen die Sachsen, welches sie vor manchen anderen französischen Generalen auszeichnete. Die „Friedland-Rürassiere“ (so wurde das sächsische Reiterregiment, dem der Graf angehörte, von den Franzosen genannt) waren übrigens bei Napoleon gut angesehen, und bei einer Parade in Dresden, an der Graf Holkenhorff Theil nahm, äußerte der Kaiser wohlwollend: „Von denen können wir noch etwas lernen.“ Während des Feldzuges widerfuhr dem jungen Grafen auch einmal die Ehre, von Napoleon auf dem Marsche persönlich angeredet zu werden. Die Leipziger Schlacht nahte heran. Am 16. Oktober wurde bekanntlich gleichzeitig im Norden Leipzigs das Treffen bei Möckern geliefert, während im Süden die großen Kämpfe

Anwesenden den Antragstellern die verfügbaren Fragen über die Art und Durchführung des Befähigungsnachweises vorlegte und nebenbei bemerkte, die Handwerkerkammern würden nicht viel schaden und noch weniger nützen, antwortete der Abg. Stolle mit der Erklärung, daß der Befähigungsnachweis in diesem oder jenem Falle verlagere, darauf komme es nicht an; es genüge, wenn durch denselben der sociale Charakter für Erhöhung der Befähigung gegeben werde: „denn eben wo Begriffe fehlen, stellt sich ein Wort“ u. s. w.

Eine Wahlkassirung.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschlossen, dem Plenum die Ungültigkeitserklärung der Wahl des nationalliberalen Abg. Möller (Dortmund) zu empfehlen. Es ist mit Sicherheit zu hoffen, daß der Reichstag diesem Beschlusse beitreten wird. Nirgends wohl ist Stärkeres an Wahlbeeinflussungen seitens der Arbeitgeber geleistet worden, als in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirke. Der Reichstag hat sich wiederholt mit diesen ungesunden Vorgängen beschäftigt und mehr wie einmal daraus einen Grund für die Kassirung der so zu Stande gekommenen Wahlen hergeleitet. Leider haben sich die Fabrikanten und ihre Beamten dadurch nicht abschrecken lassen, die Freiheit der Wahl der ihnen untergebenen Arbeiter anzutasten, wie der Fall im Dortmunder Wahlkreise zeigt. Der Reichstag kann nichts weiter thun, als wiederum ein Exemplar zu statuieren und den Dortmunder Wählern Gelegenheit geben, eine Ersatzwahl vorzunehmen. Wer aus denselben als Sieger hervorgeht, läßt sich bei der annähernd gleichen Stärke der concurrenden Parteien nicht im Entferntesten vorhersehen.

Zu den deutsch-russischen Verhandlungen.

findet sich heute auch in den Berliner „Polit. Nachr.“ eine Notiz, und zwar folgenden Inhalts: „Wie wir hören, werden im Laufe nächster Woche im Reichsamt des Innern Conferenzen über die deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen stattfinden. Es sind zu denselben Sachverständige aus denjenigen Gewerbszweigen, welche an der Ausfuhr nach Rußland interessiert sind, einberufen worden, um ihr Gutachten über die in Betracht kommenden Fragen mündlich abzugeben. Zu schriftlichen Äußerungen über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen sind übrigens die einzelnen Berufsbezüge schon im Herbst aufgefordert gewesen.“

Darnach stehen die Dinge offenbar nicht so aus-sichtslos, wie es nach der gestern mitgetheilten Meldung der „Pol. Corr.“ scheinen konnte.

Das Ende des Bergarbeiter-Ausstandes.

Aus Saarbrücken wird von gestern telegraphisch, daß der Ausstand als beendet anzusehen ist, da nunmehr Alles angefahren ist. Eine vorgestern nach Bildstock einberufene Versammlung unterließ wegen Mangels an Theilnehmern.

Wie die „Königliche Zeitung“ meldet, sind zur Zeit auf 26 Fachen des Ruhrgebietes 7654 Bergarbeiter ausständig. Unter den Ausständigen befinden sich etwa 4000 Bergarbeiter, welche an-fahren wollten, aber für einige Tage abgelegt sind.

Ergebnisse der Invaliditäts- und Alters-versicherung.

Nach den Zusammenstellungen des Reichs-Versicherungsamtes betrug am 31. Dezember 1892 die Zahl der seit Inkrafttreten des Gesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Alters-rente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kassenanstalten 224 630. Von

bei Dölitz, Markkleeberg, Waghau und Seifers-hain statifanden. Gegen 3 Uhr Nachmittags erfolgte bei Waghau der furchtbare Cavallerie-Angriff Murats, der mit 8000 Reitern das Centrum der Verbündeten zu durchbrechen versuchte. Bei diesem Angriffe führte Graf Holkenhorff die zweite Schwadron seines Regiments, welches mehrere Gefühle eroberte. Mit jugendlicher Lebhaftigkeit schilderte der achtundneunzigjährige Greis seinem Besucher, wie er im dichtesten Artilleriehaag einen Graben genommen, während von einem beispiellosen Gewüßhampfe buchstäblich die Erde erbebt. Zwanzig Jahre später suchte Graf Holkenhorff auf dem Leipziger Schlachtfelde seinen Graben wieder; aber derselbe war verschwunden; man hatte ihn jugend-schüttelt.

Bekanntermaßen ging der größte Theil der Sachsen während der Schlacht zu den Verbündeten über; nur einige Regimenter, darunter die Leib-Rürassier-Brigade, blieben bei dem Kaiser, da General v. Leffing nur auf den bestimmten Befehl des Königs von Sachsen über-tritten wollte, ein solcher aber nicht erfolgte. Nach der Schlacht begleitete das Regiment den Kaiser bis Markranstädt und wurde hier von demselben — noch 5 Offiziere und gegen 200 Mann waren übrig — gegen die Versicherung auf Ehrenwort, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich die Waffen zu führen, entlassen. Caulaincourt war es, der mit den sächsischen Offizieren verhandelte. Napoleon versprach, „wenn er zurückkehren würde, grandement für das Avancement jener Offiziere sorgen zu wollen.“ Der Kaiser kehrte nicht zurück, aber Graf Holkenhorff, einer der genannten fünf, wurde später wegen seines Verhaltens in den Tagen von Leipzig von Napoleon III. zum Offizier der Ehrenlegion ernannt. Während des Feldzuges von 1815 gegen Frankreich nahm der Graf an der Belagerung von Neubreisach im Elsaß Theil. Nach einer Campagne machte der alte Krieger von

diesen wurden 175 874 Rentenansprüche anerkannt und 39 922 zurückgewiesen, 4192 blieben unerledigt, während die übrigen 4642 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen ent-fallen auf Schlesien 25 796, Ostpreußen 20 891, Brandenburg 17 180, Rheinprovinz 15 008, Han-nover 13 036, Sachsen-Anhalt 12 646, Posen 11 704, Schleswig-Holstein 8606, Westfalen 8437, Westpreußen 8378, Pommern 7555, Hessen-Nassau 4902, Berlin 2425. Auf die 8 Versicherungs-An-stalten des Königreichs Bayern kommen 22 560 Altersrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 9348, Württemberg 5004, Baden 4213, Gr. Hessen 3941, beide Mecklenburg 4580, die Thüringischen Staaten 4718, Oldenburg 797, Braunschweig 1587, Hansestädte 1509, Elsaß-Lothringen 6722 und auf die 9 zugelassenen Kassenanstalten insgesamt 3087.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von In-validenrente betrug bei den 31 Versicherungs-anstalten und den 9 zugelassenen Kassenanstalten insgesamt 36 696. Von diesen wurden 17 946 Rentenansprüche anerkannt und 12 688 zurückgewiesen, 4177 blieben unerledigt, während die übrigen 1885 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invalidenrentenansprüchen entfallen auf Schlesien 5178, Ostpreußen 2972, Rheinprovinz 2810, Hannover 1928, Brandenburg 1747, West-preußen 1675, Sachsen-Anhalt 1592, Posen 1364, Pommern 1242, Westfalen 1201, Hessen-Nassau 803, Schleswig-Holstein 533, Berlin 523. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 4747 Invalidenrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 1249, Württemberg 1032, Baden 1058, Großherzogthum Hessen 443, beide Mecklenburg 408, die thüringischen Staaten 634, Oldenburg 86, Braunschweig 217, Hansestädte 181, Elsaß-Lothringen 766 und auf die 9 zugelassenen Kassenanstalten insgesamt 2307. Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befanden sich 545, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Thronrede zur Eröffnung des schwedischen Reichstages.

Die Thronrede, welche der König von Schweden gestern zur Eröffnung des Reichstages im Thronsaal verlas, besagt, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten fortwährend die zufrieden-stellendsten seien. Die Thronrede erwähnt sodann besonders die freundschaftlichen Beziehungen zu Dänemark und kündigt an, daß dem Reichstage eine Vorlage betreffend Geldbewilligungen zur Ent-wicklung der Marine und zum Ausbau der Nord-Eisenbahn im Jahre 1894 zugehen würde. Bis zur Vollendung der Studien über Aufbringung der Steuern, welche durch die beschlossene Reform der nationalen Vertheilung notwendig ge-worden seien, wird vorgeschlagen, im Jahre 1894 zur Deckung der Mehrausgaben den Gewinn der kgl. Bank und solche Steuerzuschläge zu ver-wenden, welche entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Maße die niedrigst Besteuernten treffen. — Der Ceremonie wohnten der Kron-prinz und die Kronprinzessin von Dänemark bei.

England vor der Parlaments-Eröffnung.

Am 31. d. Mts. soll das neue englische Par-lament zusammentreten, dessen erster Sessions-abschnitt voraussichtlich zu den interessantesten in der neueren parlamentarischen Geschichte Groß-britanniens gehören wird. Mr. Gladstone, der Älteste, kämpft seinen letzten großen Kampf. Im letzten Ministerrathe, welchem Besprechungen des Premiers mit Morley und dem Anti-Par-namentführer Mac Cartney vorangingen, dürfte

1813 mit gegen die Dänen. Im Jahre 1849 führte er als Oberst das Leib-Rürassier-Regiment nach Jütland. Am 14. September 1854 nahm der Graf seine Entlassung aus dem activen Militärdienste. Seit dieser Zeit lebt Graf Holkenhorff als treuer Sohn des Sachsenlandes, dessen gemüth-lichen Dialect er spricht, in dem schönen „Elbsloren“ Dresden. Vor vielen Jahren that der alte Herr einen unglücklichen Fall, der ihn zwingt, beim Gehen einen Stock zu gebrauchen. Trotzdem hat seine Erschei-nung, welche noch immer an den sächsischen Cavallerieoffizier von Anna 13 erinnert, eine ge-wisse Festigkeit, ja sogar in Sprache, Gesten und Bewegung etwas Jugendfrisches behalten. Auch die Feder weiß der 98-Jährige mit einer unge-meinen Präcision zu führen, und die Schriftzüge verrathen, daß die Hand des Schreibers nur wenig geitert hat.

Ein allgemeines Interesse verdient der sicherlich letzte lebende Page des Kaisers Napoleon wegen seiner hervorragenden Theilnahme an dem Feld-zuge von 1813 (so wird er z. B. in dem militär-wissenschaftlichen Werke des Oberstleutnants Afer: „Die Schlachten bei Leipzig“, 2 Bände, 2. Ausgabe 1856, des öfteren erwähnt), dann aber auch, weil ihm das außer-ordentliche Glück widerfahren ist, das Jubiläum seiner achtzigjährigen Zugehörigkeit zum Offizier-stande zu feiern — ein Fest, welches in den Annalen der Militärgeschichte nahezu einzig da- stehen dürfte. Bei dieser Gelegenheit wurde er zum Generalmajor a. D. ernannt; das Garde-reiterregiment defilirte in Parade vor seinem ehemaligen Obersten, welchen der König von Sachsen persönlich in seiner Wohnung aufsuchte, um sich mit ihm über die Leipziger Schlacht zu unterhalten.

Möge dem merkwürdigen Manne auch noch seine hundertste Geburtstagfeier beschieden sein.

das vorläufige Regierungsprogramm festgestellt worden sein. Mittlerweile sammeln die verschiedenen Parteien ihre Kräfte. Die Unionisten veranstalten eine Reihe von Protestversammlungen gegen Home-Rule, deren erste am 12. d. Mts. in Belfast abgehalten wurde. Die Fraktion der englischen Arbeiterabgeordneten in Westminster — neun Mann hoch, also beinahe ein Viertel der Gladstonischen Mehrheit — hat sich vorgesezt in Bradford als unabhängige Arbeiterpartei constituirt und in dieser ersten Konferenz unter Ait. Hardies Vorsitz einen Socialismus zum Programm erhoben, welchen die „Daily News“ einen „gemäßigten“ zu nennen sich gefallen, während die „Times“ in dieser Fraktionsbildung wohl nicht mit Unrecht eine üble Vorbedeutung für Gladstones Regime erblickt. Dieser „gemäßigte“ Socialismus verlangt unabhängige Vertretung der neuen Arbeiterpartei im Unterhause, sowie in den Verwaltungs-Körperschaften und die collective Eigenschaft aller Produktionsmittel. Mr. Gladstone wird genöthigt sein, diesen Forderungen gegenüber Stellung zu nehmen, was ihm nach seiner bisherigen Haltung in der Arbeiterfrage nicht leicht werden dürfte.

Was die zu erwartende irische Vorlage anbelangt, so möge hier kurz auf einige Unterschiede in der am 8. April 1886 eingebrachten Home-Rule-Bill hingewiesen werden. Damals waren zwei Kammern geplant: eine Pairskammer mit 103 und ein Unterhaus mit 206 Mitgliedern. Jetzt, behaupten die „Daily News“, wolle Gladstone Irland mit einer Kammer beglücken, denn — so meint das officiöse Blatt — wo das Material zur irischen Pairskammer hernehmen? Ueber die Veto-Frage schreibt das Gladston'sche Organ:

„Folgt die wichtige Frage des Veto, welches die Kontrolle der Krone und des Reichsparlaments sichern soll. Das Veto ist ein Theil der Constitution und kann nicht aufgegeben werden. Die Frage, wie es in Irland ausgeübt werden soll, ist schwierig. Einige irische Mitglieder haben ein solches vorgeschlagen, welches jede Aste, die individuelle oder gemeinsame Interessen des Reiches schädigt, für nichtig erklärt.“

In Betreff der finanziellen Bestimmungen für Zukunfts-Irland wäre zu bemerken, daß die 1886er Vorlage den Beitrag Irlands zu den gemeinsamen Reichsausgaben von einem Zwölftel auf ein Fünftel herabsetzt, womit sich damals Parnell einverstanden erklärte. Heutzutage jedoch heute damit nicht einverstanden, die neue Bill soll denn auch, heißt es, den Iren für ihren Reichsbeitrag eine neue Verminderung einräumen.

Im Panamaprojekt

Sehte gestern der Generalstaatsanwalt sein Plaidoyer fort und suchte nachzuweisen, daß die vorgekommenen Betrügereien sämtlichen Angeklagten, mit Einschluß Ferdinand v. Lespess, zur Last zu legen seien. Zum Schluß seiner Rede forderte der Staatsanwalt eine strenge Strafe gegen die Angeklagten. Eine Geldstrafe wäre ungenügend, die Gerechtigkeit fordere eine strengere Ahndung. — Heute beginnen die Plaidoyers der Verteidiger.

Der englisch-marokkanische Conflict.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Tanger hätte der Sultan 1000 Pfund als Schadenersatz für die Ermordung des englischen Unterhans Krimad zugestanden. Da der Sultan jedoch mit keinem Worte der Forderung Englands Erwähnung thue, dem marokkanischen Minister des Auswärtigen wegen seines Verhaltens seine Mißbilligung auszusprechen, werde die Antwort nicht als befriedigend erachtet. Der englische Geschäftsträger sandte Depeschen nach Fez, in welchen eine vollständige Genugthuung verlangt wird. Das Gerücht, der Specialgesandte Ridgway werde dauernd in Marokko bleiben, ist unbegründet. Seine Mission ist nur eine zeitweise und er wird nach England zurückkehren, sobald befriedigende Beziehungen zwischen England und Marokko wiederhergestellt sein werden.

Die ägyptische Affäre

Ist thatsächlich wieder beendet, und England ist mit dem jungen Ahehive noch glimpflich genug verfahren. In der gestrigen Audienz des englischen Gesandten Lord Cromer wies der Ahehive auf die unangenehme Lage hin, in welche er versetzt würde, falls England auf die Wiedereinstellung Fehmis zum Ministerpräsidenten bestünde. Der Ahehive erklärte sich bereit, Riya-Pascha wieder zum Ministerpräsidenten zu ernennen, und fügte hinzu, er wünsche innig, in vollem Einvernehmen mit England zu handeln und mit demselben die freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten, er sei bereit, während der Occupation Ägyptens durch die Engländer die Rathschläge Englands bei allen wichtigen Anlässen zu befolgen. Cromer antwortete, es liege England fern, den Ahehive in eine demüthigende Stellung versetzen zu wollen; derselbe erkannte den vernünftigen Charakter des Vorschlages des Ahehive an und übernahm die Verantwortung, denselben zu acceptiren, ohne vorher die englische Regierung zu befragen.

Wie das Reutersche Bureau in Bestätigung anderweitiger Meldungen erklärt, begaben sich gestern die Botschafter Russlands und Frankreichs in London nach dem Auswärtigen Amt, um daselbst die Versicherung abzugeben, daß ihre Regierungen von den Vorgängen in Aegypten nicht die geringste Kenntniz hätten. Die Nachricht, daß es bei dieser Unterredung zu lebhaften Austritten gekommen sei, wird für vollständig erfunden erklärt. In Frankreich haben aber diese Vorgänge trotzdem viel Verdruss erregt. Ein Zeichen hierfür ist es, daß der Deputirte Delonca an den Minister des Auswärtigen Develle wegen der Vorgänge in Aegypten eine Anfrage zu richten beabsichtigt und die Absendung eines französischen Gesandten nach Aegypten beantragen will. Helsen wird dieser Antrag freilich nichts. Er wird nicht angenommen werden und die Engländer werden ruhig und fest im ägyptischen Sattel sitzen bleiben.

Beim Schluß der Redaction ging uns noch folgendes Telegramm zu:

Paris, 19. Januar. (W. L.) Nach einer amtlichen Meldung aus Kairo ist Riya-Pascha zum Minister des Innern und Ministerpräsidenten ernannt worden. Die übrigen Minister sind dieselben geblieben.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Januar, 11 Uhr.
Am Ministerische: Miquel, Thiele.
Die erste Berathung des Staatshaushaltsetats für 1893/94 wird fortgesetzt.
Abg. v. Zedlitz (freiconf.): Die schwierige Lage unserer Finanzen ist daraus entstanden, daß die schwankenden

Einnahmen der Eisenbahnverwaltung den Aufwand gegeben haben zur Uebernahme dauernder Lasten und zum Verzicht auf sichere Einnahmen. Dieses Verhältniß muß gekehrt werden, aber ich glaube nicht, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt dafür ist. Wir sind jetzt mit der Steuerreform beschäftigt, und dadurch ist die Session so belastet, daß ich es nicht für zweckmäßig halte, der Anregung des Kollegen Riefke zu folgen und die Budgetcommission mit einer genauen Prüfung unserer Finanzverhältnisse zu betrauen. Zum Theil liegt die Ursache der schlechten Finanzlage in der ungenügenden Organisation des Finanzapparats im Reich, denn dort giebt es keinen selbständigen, verantwortlichen Finanzminister, sondern der Reichskanzler trägt auch für die Finanzen die Verantwortung. Dazu kommt, daß dem Reich die Hände gebunden sind. Um freie Bahn zu schaffen, müßten wir die Frankenstein'sche Clausel aufheben (Widerspruch im Centrum) und dafür sorgen, daß den Einzelstaaten die Einnahmen aus den indirecten Steuern zum Theil zugänglich gemacht werden, ohne daß sie ihnen wieder durch schwankende Matricularbeiträge gekürzt werden. Wenn Herr Lieber gefragt hat, ob die Begeisterung für die Militärvorlage ebenso groß sein würde, wenn die Kosten durch Matricularumlagen gedeckt werden sollen, so sage ich: Bei Ausgaben, die für die Vertiefung des Baderlandes nothwendig sind, kann es sich gar nicht darum handeln, wie dieselben gedeckt werden. (Zustimmung rechts.) Die schwankenden Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung sind eine schwache Seite unseres Etats. Wir, die die Ausgaben erhöht haben bis zu der Grenze des Betrages der Ueberschüsse, wir werden eine formale Trennung des Eisenbahnetats vom übrigen Etat eintreten lassen müssen, damit nur ein bestimmter Ertrag für Staatszwecke verwandt wird, während das übrige in einen Reservefonds abgeführt oder zur Schuldentilgung verwandt wird. Mit der Verminderung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung geht nicht eine Verminderung der Ausgaben derselben parallel, sondern eher ist eine Steigerung der letzteren eingetreten. Deshalb sollte alles vermieden werden, was einen luxuriösen Charakter hat, aber das Nothwendige muß geschehen, denn unsere Eisenbahnverwaltung ist eine der Hauptabnehmerinnen unserer Industrie. Wenn sie ihren Consum in der jetzigen Zeit erheblich einschränken wollte, würde die Krisis noch schlimmer werden. Was doch gebraucht wird, sollte man jetzt beschaffen, wo man es zu billigeren Preisen erhalten kann. Es müssen alle Kräfte angewendet werden, um die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu heben, das gilt von der Industrie wie von der Landwirtschaft. Unsere Industrie ist nicht bloß zur Volksernährung, zur Schaffung des Verdienstes, sondern auch als finanzielle Stütze des Staates unentbehrlich. Die Industrie ist auch die Abnehmerin der landwirtschaftlichen Produkte. In Preußen können wir für die Landwirtschaft nur dadurch sorgen, daß wir Verkehrswege für dieselbe eröffnen und ihren Absatz fördern. Für den Bergwerksbetrieb sollen Schiedsgerichte eingerichtet werden. Die Budgetcommission sollte reiflich prüfen, ob in der Zeit der Unruhe solche Neueinrichtungen getroffen werden können, oder ob man damit bis auf bessere Zeiten warten muß. Auch die idealen Ziele dürfen nicht vernachlässigt werden. Vielleicht kann etwas geschehen für die Bildung des Volkes, ohne daß die Staatsmittel in Anspruch genommen werden. Für das Volksschulwesen sind mehr als 50 Millionen in den Etat eingestellt; es wird sich fragen, ob die Summen auch überall richtig verwendet werden, ob man nicht eine zweckmäßigere Verteilung finden kann. Im übrigen müssen wir überall darauf halten, daß gespart wird, wo gespart werden kann, aber vor einer falschen Sparsamkeit müssen wir uns hüten. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Garsinski (Pole) beklagt, daß die schlechte Finanzlage nicht so schnell vorübergehen werde, wie der Minister annehme. Zu Ersparnissen seien die Polen bereit und auch im Stande, Ausgaben anzugeben, die entschieden gestrichen werden könnten. Alle Ausgaben auf Grund der Polengesetze seien überflüssig. Die Polengesetze könnten sämtlich abgeschafft werden. Ueberall im Lande herrschte Mißbehagen und Unzufriedenheit, namentlich auch in der Landwirtschaft. Für den Rückgang derselben bilden die Nachweisungen über die Neuverpachtungen der Domänen zu erheblich niedrigeren Preisen den besten Beweis. Dieser Rückgang ist nicht in wirtschaftlichen Verhältnissen allein sondern auch in den übermäßigen gesetzlichen Anforderungen begründet. Allein das Klebgesetz enthält eine ungeheure Belastung. Von den Polen wird diese Last besonders schwer empfunden, weil sie immer nur zum Zahlen herangezogen, aber sonst zurückgesetzt werden. Daß ein Pole zum Christofus ernannt werde, was eigentlich selbstverständlich war, daß der polnische Privatprachunterricht für schweres Geld gesteuert wurde, darüber wurde ein großer Schandal erhoben und gegen die Polen geheßt von dem in der Provinz herrschenden Chauvinismus. Der „Reichsanzeiger“ griff die oberflächliche Zeitung, „Rattolik“ an, weil sie aufgefordert hatte, dem Minister Bosse zu sagen, wie es in der Schule stehe; denn der Minister Bosse sei ein guter Mensch. (Große Heiterkeit.) Das bezeichnete man als Agitation! Und die Reife des Ministers unterblieb. Wir können nicht davon ablassen, den Unterricht in der polnischen Sprache zu verlangen, denn die Sprache ist ein bedeutender Theil des Volkslebens.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Herr Riefke hat gestern unsere Finanzlage so schwarz gemalt, daß dadurch beinahe der Staatscredit gefährdet werden könnte. Er hat gefragt, wer kauft denn die Eisenbahn? Daß die holländischen Eisenbahnbrücken im Kriegsfalle geprengt werden, war doch auch zur Zeit der Privatbahnen schon möglich; haben deshalb die Privatbahngesellschaften ihre Actien für werthlos gehalten? Ich glaube, daß kein Staat auf so gesunder Grundlage ruht wie Preußen. Wenn Preußen seinen Eisenbahnbetrieb veräußern wollte, dann würden die Finanzmächte Deutschlands und Europas bereit sein, dafür viel mehr zu bezahlen als unsere ganzen Staatsschulden betragen. (Allgemeine Zustimmung.) Nicht in dem schwankenden Betrage der Ueberschüsse der Eisenbahnen liegt die Schwierigkeit, sondern darin, daß wir uns gewöhnt haben, die hohen Ueberschüsse als dauernd anzusehen. Die Eisenbahnen sollten keine Einnahmequellen für den Staat sein, sie sind es aber geworden (Widerspruch), denn wir nehmen einen großen Theil der Ueberschüsse, um allgemeine Staatsausgaben zu decken. Ich fühle für die Verstaatlichung der Eisenbahnen eine gewisse Verantwortlichkeit, denn der jetzige Finanzminister Miquel und ich, wir haben allen unseren Einfluß auf unsere Parteigenossen aufgebracht, um die Verstaatlichung durchzuführen und ich fühle deshalb besonders die Nothwendigkeit, Garantien zu schaffen, daß die Eisenbahnen mit ihren Ueberschüssen für sich bleiben, daß die Eisenbahnfinanzen nicht mit den Staatsfinanzen verquittet werden, weil das auf die Dauer zum Staatsbankrott führen müßte. Die Regierung trägt Schuld daran, daß das Garantiegesetz 1882 in so unvollständiger Form erlassen wurde; darum hatte die Regierung Veranlassung, die Staatsbahn zur Einnahmequelle zu machen, aber wir müssen die Wiederkehr solcher Dinge verhindern. Der Schwerpunkt liegt in der Frage, wie hoch die Summe bemessen werden soll, welche aus dem Eisenbahnbedürfniß für allgemeine Staatszwecke verwendet werden soll. Jetzt werden 100 000 000 Mkr. dazu verwendet, und der Minister würde jetzt wohl nicht unter diesen Betrag gehen, obgleich er mir auf die Dauer zu hoch erscheint. Ich schätze den Betrag, den wir für allgemeine Staatszwecke verfügbar machen können, auf 40 bis 60 Millionen Mark. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse so schlecht sind, das liegt daran, daß die sociale Erregung unter den Arbeitern die bestehenden Klassen bedenklich macht. Dieser sociale Erregung gegenüber ist die Aufrechterhaltung der Autorität des Staates und der Privatunternehmer von hoher Bedeutung. Ein engeres Zusammengehen der Leitung der Finanzgeschäfte des Reiches mit der Leitung der preußi-

chen Finanzen ist ein dringendes Bedürfniß. Das Reich hat auch schon eine erhebliche Schuld von 1500 Millionen Mark, es muß an eine Tilgung dieser Schuld gedacht werden. Die Ausgaben des Reichs z. B. für die Invalidenversicherung, aber auch für andere Zwecke, wachsen allmählich, so daß eine Vermehrung der Einnahmen nothwendig werden wird. Die Finanzlage fordert deshalb zu ersten Betrachtungen auf; ermutigend ist vielleicht nur die Thatsache, daß an der Spitze der Finanzen ein Mann steht, dessen Voraussicht und klare Einsicht in die Bedürfnisse des Staates als eine geradezu hervorragende von allen Seiten des Landes anerkannt wird. (Lachen im Centrum.) Die Unzufriedenheit ist in den mittleren und oberen Klassen vielleicht größer, als in den arbeitenden Klassen. (Sehr richtig! bei den Nationaliberalen.) Das ist eine Folge der neueren Steuererfolge. Diese Klassen mögen sie unbequem fühlen, aber daraus dürfen sie keinen Grund entnehmen, die Steuerpolitik zu bekämpfen. (Beifall.)

Abg. Richter: In den Enthusiasmus des Vorredners hab ich mich nicht einmal hineinreden. Ich erkenne die Verdienste des Finanzministers an, aber ich habe es immer bedauert, daß er der anderen Seite, insbesondere den Agrariern, um eine Majorität zu haben, derartige Concessionen von 1887 ab als Abgeordneter und bis jetzt als Minister gemacht hat, wie nie ein preußischer Finanzminister. Ich mache ihm zum Vorwurf, daß er die Grundzüge, welche er mit uns als Abgeordneter hier vertreten hat, als Finanzminister in die Praxis überzuführen nicht versucht hat. Ueber die Militärvorlage, die von mehreren Seiten hineingelegt ist, will ich nicht ausführlicher sprechen. Richtig ist, daß hier eine ganz andere Temperatur in Bezug auf die Steuer herrscht, wie im Reichstage, auch bei der Regierung. Vor einem Jahre hat der Finanzminister hier erklärt, wir können nicht immer die Einnahmen vermehren. Es sind jetzt die Ansprüche an die Steuerzahler hoch genug. Damals waren die Verhältnisse besser wie heute. Im Reichstage scheint man die Aufbringung von 50 bis 60 Millionen für sehr leicht zu halten. Dort wird ein anderer Maßstab an die Leistungsfähigkeit des Volkes gelegt wie hier. Ihre Anlagen über die schlechte Lage der Landwirtschaft werden nicht dadurch gebessert, daß sie immer mehr Steuern auflegen. Wenn die Landwirtschaft die große Majorität des Volkes ist, dann muß doch sie gerade diese Steuer tragen. Was für das Militär nothwendig ist, was die Sicherheit des Baderlandes fordert, werden wir bewilligen. Uebel ist es nur, daß die Meinungen über das, was nothwendig ist, fortwährend wechseln. Die verschiedenen Kriegsmisstände und Reichskanzler haben darüber uns sehr verschiedene Ansichten mitgeteilt. Vor wenig Jahren sollte die Organisation abgeschlossen sein, heute fordert man von uns so viel, wie niemals von dem Reichstage verlangt ist. Ich erinnere nur an die Schwankung der Meinung über das Septennat, das auch zur Sicherheit des Baderlandes unbedingt nothwendig sein sollte. Auch wir sind durch aus nicht oppositionell gegen die Militärvorlage. Wir sind, wie Herr v. Bennigsen das neulich anerkannt hat, weit entgegen gekommen, so daß man nicht sagen kann, wir seien zwei ganz entgegengesetzte Pole. Auch ich würde mit dem Abg. Riefke einen Generalbericht, wie wir vor 13 Jahren erstattet haben, für richtig halten, gerade jetzt in der Zeit dieser großen Deficits und angesichts der enormen bevorstehenden Forderungen wäre ein allgemeiner Rückblick und Vorblick unbedingt nothwendig. Inbezug auf die Sache der Majorität. Ueber unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage sind die Ansichten sehr auseinandergegangen. Sie waren rosig und sehr düster. Ich stehe in der Mitte. Bei dem Bilde, das Riefke gestern entwarf, stockte mir fast der Atem. (Heiterkeit.) Solche Anschauungen kann ich doch nicht vertreten. Aber es ist dankenswerth, daß er den Herren auch einmal die Rehefseite der Medaille gezeigt hat. Ich bin ihm besonders dankbar, daß er verschiedene Fragen aus unserem gemeinsamen Arsenal wieder an den Tag gebracht hat, die ich zu wiederholen fast schon zu schüchtern bin. (Heiterkeit.) Er hat erinnert an unsere frühere Forderung von der Verminderung des Schreibwesens, Schwächung der Bureaucratie, Verminderung der Beamten. In der nationalliberalen Partei waren wir bei den Verwaltungsreformen in Uebereinstimmung mit dem damaligen Abgeordneten Miquel der Meinung, daß wir zu viele Instanzen hätten, daß man auf die Regierungen und Oberpräsidialinstanzen verzichten könne. Das Programm des vereinigten Kaisers Friedrich III. weniger und besser bezahlte Beamte, sollte der Regierung ein Leitstern sein. Der Finanzminister sollte auf Verminderung des Schreibwesens, auf Verminderung der Bureaucratie wirken. Man sollte endlich davon abgehen, die Thätigkeit der Beamten nach der Zahl der Nummern, die sie täglich erledigen, zu beurtheilen. Das Parlament kann hierin nichts thun, das ist Sache der Regierung. Würde der Finanzminister eine solche Reform durchsetzen, die auch Erparnisse herbeiführen würde, so würde er hier im Hause die nöthige Unterstützung finden. Graf Limburg nicht mir zu. (Heiterkeit.) Der Finanzminister könnte ein neues Nummernblatt in den Anzügen schleiten, den ihm heute Abg. Hammacher um die Schläfe gewunden hat. (Heiterkeit.) Was soll man von diesem Etat noch reden. Nichts als, das was wir seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen in jedem Jahr wiederholen. Der Eisenbahnminister ist der eigentliche Staatsminister. In seinem bornenvollen Refort liegt die Entscheidung über die Gestaltung unserer Finanzen. Es kommen jetzt immer die von uns vorausgesetzten Folgen der Verstaatlichung der Bahnen. Die Abstimmung vom Jahre 1873 über die Raronenbahn entschied das Schicksal der Verstaatlichung. Abg. Hammacher und Miquel waren damals dafür. (Widerspruch von mehreren Seiten.) Nun, wenn Sie damals nicht mitgestimmt haben, so sind Sie später für die Verstaatlichung eingetreten. (Heiterkeit.) Die Abgg. v. Benda, Fordanbeck u. f. w. haben mit uns in der nationalliberalen Partei gegen die Raronenbahn gestimmt. Hammacher sagt, wir haben ein wirksames Garantiegesetz verlangt und sind jetzt für die Folgen nicht verantwortlich. Allerdings, eine schwindliche Resolution haben Sie beantragt, aber das Herrenhaus und die Regierung hat sie in die Schamklöße des Herrn v. Stephan umgearbeitet. Es wäre Ihre Pflicht gewesen, wenn Sie die gefährlichen Folgen der Verstaatlichung ohne Garantiegesetz voraussehen, dieses Gesetz als Bedingung für Ihre Abstimmung zu machen. Abg. v. Minnigrode hat sich gestern mit mir beschäftigt bevor ich gesprochen und ist sogar so liebenswürdig gewesen, meine früheren Reden durchzulesen, leider ohne Erfolg. Ich habe früher genau dieselben Anschauungen vertreten über die Folgen der Verstaatlichung wie heute. Redner beweist dies aus verschiedenen seiner früheren Reden, daß seit der Verstaatlichung keine sichere Grundlage für unsere Finanzwirtschaft fehlt, morgen kann umgeworfen werden, was heute gilt. Auch in der Tarifreform bin ich heute noch der Meinung, daß sie gemacht werden könnte, ohne daß der Staat Einnahmen einbüßt. Im Gegentheil, eine rationelle Tarifreform wird den Verkehr mehren und die Einnahmen erhöhen. Geradezu ungreiflich ist es, daß Abg. v. Minnigrode namens der Conservativen sogar eine Erhöhung der Personentarife befürwortet. Das würde das Gegenteil von dem bewirken, was es soll, eine Verminderung des Verkehrs und dazu einen großen Mißmuth in weiten Kreisen der Bevölkerung. Es wäre die kurzfristige Eisenbahnpolitik auch im Interesse der Landwirtschaft. Auch der Landwirth muß nach der Stadt, sogar nach den großen Städten, die für Sie die schrecklichsten Pestbeulen sind. Ab und zu kommen Sie aber doch mal gerne hinein und sind dann ganz vergnügt. (Heiterkeit.) Freilich, richtiger wäre es gewesen, in der Zeit der Ueberschüsse mit Tarifreformen vorzugehen, aber auch heute noch könnte man auf beschränktem Gebiet wenigstens mal den Versuch machen. Der Finanzminister verlangt von seinen Kollegen Verminderung der Ausgaben und erhöhte Leistung. Wir sind vollkommen einverstanden damit, wenn die Bureaucratie, wenn das Schreibwerk in der Verwaltung vermindert

wird, wenn man den Betriebsämtern größere Vollmachten giebt, wenn man die Bedürfnisse des Publikums mehr berücksichtigt. Was eine einsichtige und praktische Verwaltung in dieser Beziehung leisten kann, das haben wir an der Bahn Danzig-Boppo gesehen. Durch Vereinfachung des Betriebes, durch eine kleine Ermäßigung des Tarifs, durch Vermehrung der Züge, durch Entgegenkommen gegen die Wünsche des Publikums hat die Bahn schnell einen dauernden Verkehr vermittelt und ich glaube nicht, daß die Finanzen des Staates darunter gelitten haben. Vielleicht können wir darüber eine Auskunft bekommen. Das Eisenbahnwesen muß überhaupt nach modernen Gesichtspunkten noch weiter reformirt werden. Der Anfang ist ja gemacht. Selbst das Abschaffen des Güters mit den großen Eisenbahnglocken, das von Nervösen für einen wahren Unfug betrachtet wurde (Große Heiterkeit), ist anerkennenswerth. In den Zeitungen hieß es, daß man den Betriebsämtern größere Befugnisse geben und einen Theil der Directoren abschaffen wolle. Vielleicht giebt der Minister hierüber eine Auskunft. Daß man in der gegenwärtigen Finanzlage nicht Secundärbahnen in dem Maßstabe bauen kann wie früher, ist selbstverständlich. Wir können die Regierung nicht drängen in einem Augenblick, wo der Cultusminister erklärt, er könne den Bildungsland der Nation nicht erhalten, wenn man ihm nicht einige Millionen zur Verfügung stellt für die Schulen. (Zuruf rechts.) Ja, meine Herren, daß Sie das Bedürfniß nicht haben, den Bildungsland der Nation zu erhalten, wissen wir. Ihnen ist der Lehrer ein Dorn im Auge und trotzdem wird für unsere Schulen nothwendig etwas geschehen müssen. Wünschenswerth wäre es, wenn der Minister auch über den Erfolg des wichtigen Kleinbahngesetzes uns etwas mittheilen möchte, wenn nicht heute, dann bei der 2. Session.

Der Abg. Möller hat von den Enttäuschungen gesprochen, welche man seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen erfahren. Die unvernünftige Wirtschaft der Privatbahnen, sagte er, sei keineswegs verschwunden. Das Gegenheil sei eingetroffen und er wünschte, daß die Regierung darin andere und daß der preussische Landtag milde Hände haben möchte, um Arbeitslose zu beschäftigen. Haben wir Ihnen diese Enttäuschung nicht vorausgesagt? Man hat Ihnen bei der Verstaatlichung Versprechungen gemacht, die nie zu halten waren. Da wurde der Staat als Wohltäter der Arbeiter hingestellt, billige Tarife, mehr Eisenbahnen. Jetzt sind alle diese Hoffnungen nicht erfüllt und in der Zeit der großen Deficits werden Sie sich beruhigen müssen. Man wird immer mehr und mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß diese große Maschine mit den Mitteln der Bureaucratie für die Dauer nicht in Gang gehalten werden kann, und man wird nolens volens an eine Verpachtung der Staatseisenbahnen denken müssen. Mache man doch im Kleinen den Versuch. Ueber die Einzelheiten des Etats will ich in dem gegenwärtigen Stadium der Debatte nicht sprechen. Wenn der Finanzminister die Vermehrung der Lotterie nicht vom Standpunkt der politischen Moral, sondern nur aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt, so widerpreche diese Haltung dem Standpunkt, den bisher ein großer Theil des Hauses, und zwar auch auf der Rechten eingenommen haben.

Das Verhältniß Preußens zum Reich in finanzieller Beziehung ist schlecht geordnet. Auch dies ist von den Liberalen seit Entfaltung des Reiches betont. Der Finanzminister hat das Verdict, als Abgeordneter mit Twesten das Ziel bezeichnet zu haben, im Jahre 1887, welches zu einer Besserung führen müsse. Man hat die Matricularbeiträge als eine provisorische Einrichtung eingeführt, nur um die constitutionelle Garantie zu schaffen. Seitdem sind alle Versuche, diese constitutionelle Garantie in Gestalt von quotisirten Reichssteuern zu schaffen, gescheitert. Kennen Sie einen anderen Weg, das finanzielle Verhältniß richtiger zu gestalten, als die Matricularbeiträge? Ich bin gespannt darauf, welchen Sie nennen wollen. Ohne die Einführung einer quotisirten Reichseinkommensteuer ist es unmöglich, die Matricularbeiträge abzuschaffen.

Die Schaffung eines bemessenen Factors, das müßte doch ein großes Ziel sein für den Finanzminister, der sich einer großen Autorität nach oben und unten erfreut — noch nie hat ein Minister mit solcher Liebe umfassen. (Heiterkeit.) Wäre die Quotisirung der directen Steuern schon früher gewesen, so wäre trotz der angeblichen Staatsgefährlichkeit dieser Einrichtung die Finanzwirtschaft eine bessere gewesen. Wir hätten weniger Ausgabenvermehrung. Aber andererseits — wenn wirklich nothwendige Ausgaben zu machen wären, glauben Sie nicht, daß sie bewilligt wären auch mit Erhöhung z. B. der Einkommensteuer, wenn sie quotisirt wäre. Glauben Sie, daß dieses Abgeordnetenhaus den Muth hätte, die drei Millionen für die Schule im Ordinarium abzulehnen, wenn sie durch Erhöhung der Quoten der Einkommensteuer aufgebracht werden müßten, um den Bildungsland der Nation zu erhalten? Die Quotisirung ist nothwendig, und ich wünsche dringend, daß es dem Finanzminister beschieden sein wird, sie zu erreichen. Der Abg. v. Minnigrode hat eine so agrarische Rede gehalten, wie kaum Jemand von der rechten Seite vorher. Er nannte die Behauptung von einer vorzüglichen Ernte ein Schlagwort und polemisirte dagegen. Diese Meinung war vertreten in einem sehr officiellen Actenstück — in der Thronrede, mit welcher der Kaiser im November den Reichstag eröffnete. Dort wurde die Ernte als eine geeignete bezeichnet. (Zuruf.) Gewiß nicht überall. Man kann doch nur den Durchschnitt rechnen, und die Ernte von Borgehude nicht maßgebend sein lassen für den ganzen Staat. Was — frage ich — haben die Herren für ein Interesse, die Verhältnisse der Landwirtschaft so schwarz zu schildern? Glauben Sie, daß das die Creditfähigkeit der Landwirtschaft heben wird? Ich nicht. Damit thun Sie derselben keinen Freundschadensdienst. Wie der Abg. v. Minnigrode über die thatsächlichen Verhältnisse unterrichtet ist, beweist seine kühne Behauptung, der Brodpreis sei immer noch hoch trotz der niedrigen Getreidepreise. Das ist eine vollständig widerlegte Behauptung. Die Statistik beweist schlagend, daß die Brodpreise dem Getreidepreise folgen. (Redner führt die Zahlen von 1891 und 1892 an.) Bevor Sie also so ungeheuerliche Behauptungen aufstellen, informieren Sie sich doch bezüglich der Thatsachen. Der Abg. v. Minnigrode tadelt wiederum die Handelsverträge, die nach unserer Meinung ein Verdienst der jetzigen Regierung sind. Sind denn die Zölle und Verbrauchssteuern seit dem Februar v. J., wo die Handelsverträge in Kraft getreten sind, gesunken? Nein. Allerdings die Ueberweisungen nach der lex Suene wegen der letzten geeigneten Ernte sind zurückgegangen. Zur Zeit ist das doch nur. Aber ich frage die Herren von der rechten Seite, wohin zielen Sie? Sie haben jetzt doch trotz der Handelsverträge einen Getreideertrag von 3,50 Mkr. d. h. einen solchen, von dem Fürst Bismarck früher gesagt hatte, daß der verrückteste Agrarier das nicht wollen könne. Was ist denn das Resultat der Schutzpolitik von 1879? Sie (rechts) klagten vorher über die Leiden der Landwirtschaft, jetzt trotz Ihrer Schutzpöle erst recht. Was haben sie also geholt? Der Abg. v. Minnigrode fragt: welche Industrien wollen noch die Handelsverträge? Eine große Zahl. Das kennt der Abg. v. Minnigrode eben nicht. (Redner führt eine große Zahl von Handelskammern aus den Industriebezirken an.) Der Abg. v. Minnigrode hat es für angeeignet gehalten, auch die Verhandlungen mit Rußland in die Debatte zu ziehen. Ich würde nicht darauf eingegangen sein; die Conservativen haben ja früher immer daran festgehalten, in schwebende Verhandlungen nicht einzugreifen. Aber nachdem die Conservativen den etwaigen Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland als ein die Bevölkerung beunruhigendes Gespinnst hingestellt haben, nachdem er einen solchen Vertrag für ein Unglück für Deutschland erklärt hat, möchte ich doch entschieden gegen eine solche Anschauung protestiren. Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß ein solcher Vertrag — dies Haus hat ja glücklicher Weise nicht mitzusprechen — im Reichstage mit derselben Majorität angenommen werden würde wie die anderen Handelsverträge. Der freundschaftliche Verkehr mit

Rußland in wirtschaftlicher Beziehung ist gerade für den Osten, ebenso wie für Rußland wünschenswert. Beide haben dasselbe Interesse daran. Ein solcher Vertrag wäre eine Friedensbürgschaft mehr. Wir wünschen eine wirtschaftliche und politische Annäherung Deutschlands und Rußlands. Sie hätte für Europa die Bedeutung der Fortdauer des Friedens. Der Dreibund kann dabei in vollem Umfange bestehen bleiben. Wenn die Conservativen aus dem Osten jetzt gegen den Vertrag mit Rußland kämpfen, so ist das ein Beweis, daß sie die Interessen unserer künftigen Provinzen, auch einschließlich der Landwirtschaft, wenig verstehen. (Zustimmung links.) Genau so haben die Herren ihr geringes Verständnis unserer Interessen bei der Frage des Identitätsnachweises gezeigt. Vor 12 Jahren traten sie uns, als wir die Anträge stellten, entgegen. Damals hätte die Lösung einen großen Vortheil für uns gehabt. Jetzt endlich haben die Herren die Erkenntnis gewonnen. Jetzt ist es aber zu spät. Das ist das Unglück der conservativen Partei, daß sie immer später als andere Leute klüger wird und nach Jahrzehnten eine Politik befürwortet, die sie früher bekämpfte. Als die Votenliste erlassen wurden, habe ich gesagt: Der Landwirtschaft werden die Arbeiter entgegen. Damals wurden wir als Vaterlandsfeinde bekämpft; jetzt sehen Sie die Schädigung der Landwirtschaft ein. Ich hoffe, daß die Regierung durch die conservative Partei sich nicht wird abschrecken lassen vom Abschluß weiterer Handelsverträge. Der Handelsvertrag mit Rußland wird dieselbe Mehrheit im Reichstage erlangen, wie die übrigen Handelsverträge. Das wäre eine Friedensbürgschaft. Es wäre besser, wenn unsere Presse etwas weniger empfindlich in Bezug auf die russischen Angelegenheiten wäre; jede unvorsichtige Äußerung wird von den Panfilaristen benutzt, um gegen die Deutschen zu hetzen. Ich möchte auch, daß es der Reichsregierung gelingt, politische Freundschaft mit Rußland zu halten. Ich glaube, daß das möglich ist trotz des Dreibundes. Wenn Deutschland und Rußland mit einander befreundet sind, bedeutet das den Frieden in Europa. Gerade vom Standpunkt der östlichen Provinzen wäre es die allerwünschteste Politik, wenn man sich gegen einen Handelsvertrag mit Rußland auflehnen wollte. Herr v. Minnigerode wollte die Literaten vor die Egge spannen. Da lernt man doch nicht Landwirtschaft kennen. Die Landwirthe sollten aber einmal in ein kaufmännisches Geschäft gehen, um richtige Buchführung zu lernen. Uebrigens wundere ich mich, daß er die antismilitärische Verpuppung der conservativen Partei hier noch nicht zum Ausdruck gebracht hat. Bezüglich der Liebesgabe muß ich meinen Kollegen Barth im Reichstage berichten. Er meinte, die Bezeichnung „Liebesgabe“ sei eine ironische Erfindung des Volkes. Das Patent dazu haben die Conservativen: Herr v. Wedell-Malchow hat am 11. Mai 1887 im Reichstage diesen Ausdruck zum ersten Mal gebraucht, indem er sagte, daß man für die Mehrbestimmung des Branntweins doch eine kleine Liebesgabe verlangen könnte. Das Wort hat sich fortgepflanzt und wird so lange im Munde des Volkes leben, bis diese Liebesgabe von der Tagesordnung und aus den Taschen der Brenner verschwunden ist. Die Thatfache kann nicht aus der Welt geschafft werden, daß 3300 Brenner rund 37 Millionen dieser Liebesgabe erhalten. Werden die Conservativen bereit sein, die Liebesgabe auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern? Bisher sagten Sie immer: Die Eizigen des Vaterlandes ist notwendig, wir sehen es aber gern, wenn andere Leute das bezahlen. Ich behaupte mit Herrn Barth, daß der Preis des Branntweins abhängig von der Kartoffelernte. (Widerspruch rechts.) Die Statistik hat bewiesen, daß der Preis hoch ist, wenn die Kartoffelernte schlecht, und niedrig, wenn die Kartoffelernte gut ist. In Folge der letzten guten Kartoffelernte hat sich das Quantum des gebrannten Spiritus kolossal vermehrt. Ist es da ein Wunder, daß der Markt überflutet ist? Die Ueberproduktion trägt die Schuld an dem Sinken des Preises. Mein Freund Siemens, welcher in der Mark ein Gut besitzt, hat mir gestern seine Bücher vorgelegt und ich habe aus denselben erfahren, daß vom 1. Juli 1891 bis 1. Juli 1892 der Centner Kartoffeln bei freier Schlempe beim Contingentspreis mit 2,30 Mk. beim nicht contingentierten mit 2,63 Mk. verwerthet wurde. (Cebhafter Widerspruch rechts. Ruf: Unmöglich!) Das sind Thatfachen. Wenn jetzt bei der Contingentswaare nur 1,44 Mk. herauskommt, so liegt das an der Ueberproduktion in Folge der guten Kartoffelernte. Bringen Sie doch einmal Ihre Wirtschaftsbücher her. (Zuruf links.) Man behauptet, Sie hätten keine; das wäre bedauerlich. (Heiterkeit.) Wir haben in Preußen sehr große Aufgaben zu lösen; die Einführung der Durchschnittspreise und die Schulen verbessern bedeutende Summen. Im Reich treten immer neue Forderungen für Heer und Marine hervor, fast 2 Milliarden Schulden sind dort gemacht. Diese ganze finanzielle Situation fordert zu einer ängstlichen Vorsicht heraus. Ich schließe mit den Worten des Finanzministers bei Einbringung des Etats: Wir dürfen nicht immer auf neue Steuern sinnen, denn die Anforderungen an die Steuerzahler sind schon hoch genug. Nothwendiges werden wir bewilligen, alles Andere werden wir ablehnen. (Cebhafter Beifall links.)

Deutschland.

* [Der Centrumsabgeordnete Hilpert], der am Sonntag in Amberg verstarb, vertrat den Wahlkreis Amberg im Reichstage. Der Wahlkreis ist für das Centrum sicher, da bei der letzten Wahl von 10116 abgegebenen Stimmen 8721 auf Hilpert und nur etwas über 1000 auf einen nationalliberalen Candidaten fielen. Es heißt jedoch, daß auch diesmal Dr. Sigl wieder sich aufstellen lassen will, und in diesem Falle wäre ein heftiger Wahlkampf zu erwarten. Dr. Sigl ist allerdings schon zweimal, in Aelheim und Kaufbeuren, unterlegen, aber er brachte es doch in beiden Fällen auf eine sehr beachtenswerthe Stimmenzahl. Die Unzufriedenheit mit der Centrumsfraction ist in den bairischen Wahlkreisen stark, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß auch in Amberg die Wähler in beträchtlicher Zahl zu Dr. Sigl übergehen. An einen Sieg des unentregten Preußenfreijers glauben wir aber auch diesmal nicht.

* [Die deutsche überseeische Auswanderung] über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellte sich nach den Ermittlungen des kaiserlichen statistischen Amtes im Monat December und im Jahre 1892 und in den gleichen Zeiträumen des Vorjahres folgendermaßen:

	Es wurden befördert:	im December	im ganzen Jahre
über:	1892	1891	1892
Bremen	3339	2101	59 897
Hamburg	1762	898	28 072
Aus deutsche Häfen (Stettin)	58	1	2214
Deutsche Häfen zusammen	5759	3000	90 183
Antwerpen	1306	554	17 554
Rotterdam	348	115	3553
Amsterdam	—	13	918
Ueberhaupt	7413	3682	112 208

Aus deutschen Häfen wurden im December 1892 (im Jahre 1892) neben den vorgenannten 5759 (90 183) deutschen Auswanderern noch 4738 (151 412) Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 3509 (69 521), Hamburg 1211 (80 676), Stettin 18 (1215).

* [Der Postassistentenverband.] Wie schon erwähnt, wurde in der Budgetcommission am Mittwoch bei der weiteren Beratung des Postetats die Discussion über die Stellungsverwaltung

gegenüber dem Postassistentenverband fortgesetzt. Oberpostdirector Dr. Fischer suchte das Verhalten der Postverwaltung zu vertheidigen, indem er behauptete, daß der Verband auf eine Störung der amtlichen Disciplin durch Schaffung einer Art von Nebenbehörde hinausgehe, und die frühere Wendung von dem Vorhandensein einer wüsten Agitation wiederholte. Er behauptete, die Verwaltung sei mächtig gegen die Führer vorgegangen. Dem gegenüber wies Abg. Dr. Buhl (nat-lib.) auf den Erlaß der Oberpostdirection zu Düsseldorf hin und betonte, daß eine derartige Bevormundung der Beamten unbeschadet der Disciplin nicht eintreten dürfe. Staatssecretär v. Stephan erklärte darauf, daß er über diesen Erlaß einen Bericht eingelegt habe und nach Empfang desselben dem Reichstag Auskunft geben werde. Abg. Frihen (Koblenz, Centr.) führte aus, daß die Ziele des Verbandes durchaus nichts Bedenkliches enthielten, und daß, wenn man auch die Disciplin aufrecht erhalten müsse, man doch nicht die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten schädigen dürfe. Desgleichen legte von freisinniger Seite Abg. Hinz scharfe Verwahrung gegen eine derartige Bevormundung der Beamten ein. Auch die Postverwaltung dürfe die Disciplin nicht höher als die staatsbürgerlichen Rechte stellen. Dem Zuge nach wirtschaftlicher Vereinigung der Stände werde schließlich auch Herr von Stephan nachgeben müssen. Die Partei der Postverwaltung gegen den Assistentenverband nahm lediglich Abg. v. Reubell (Reichsparlei), welcher soweit ging, zu verlangen, daß Staatsbeamte auf einen Theil ihrer staatsbürgerlichen Rechte verzichten müßten, und die Postassistenten mit den Unteroffizieren zu vergleichen suchte. Er erklärte sogar schon die Gründung der Zeitung für die Interessen der Postassistenten für einen Unfug. Dieser reactionären Auffassung gegenüber erklärte Abg. Gröber (Centr.), daß er als Beamter auf kein staatsbürgerliches Recht Verzicht leiste und jedem dahingehenden Zug entschieden entgegengetreten werde. Gröber verwahrte sich auch gegen die Uebertragung der militärischen Verhältnisse auf die bürgerlichen Beamten. Staatssecretär von Stephan benutzte sofort die Gelegenheit, um in Secundanz des Herrn v. Reubell gleichfalls den Bewerbern um Secretärstellen die vollen staatsbürgerlichen Rechte zu bestreiten. Darauf wurde das Ordinarium genehmigt und ebenso die ersten dreißig Titel des Extraordinariums.

Breslau, 18. Januar. Der Bergath Gothein (Berlin) ist zum Syndicus der Breslauer Handelskammer gewählt worden.

Sigmaringen, 18. Januar. Der Prinz-Thronfolger von Rumänien ist mit seiner Gemahlin heute Mittag nach Augsburg abgereist.

Amerika.

Newyork, 17. Januar. Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Hayes ist an einem Herzleiden gestorben. Hayes bekleidete den hohen Posten des ersten Beamten der Republik in den Jahren 1876—1880.

Am 20. Januar: Danzig, 19. Jan. M.-A. 7.3. G.A. 8.8. E.U. 4.15.

Wetterausichten für Freitag, 20. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wärmer, nahe Null; windig, bedeckt, Niederschläge. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Gonnabend, 21. Januar:

Mäßig, bedeckt, feucht, Niederschläge, wärmer. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Für Sonntag, 22. Januar,

Kälter, meist bedeckt, trübe, Niederschläge; lebhafter Wind. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Für Montag, den 23. Januar:

Wärmer, vielfach Nebel; Niederschläge, windig.

Für Dienstag, 24. Januar:

Um Null herum, Nebel, meist bedeckt; feuchte Luft.

* [Kaisers Geburtstag] soll auch in diesem Jahre hier durch Zapfenstreich am Vorabend und Morgenmusik am 27., ferner durch Festgottesdienst, feierliche Parole-Ausgabe, Diners des Officierscorps und Abendfeiern für die Mannschaften begangen werden. Die Mitglieder der Civilbehörden, der städtischen Corporationen u. werden sich, wie bisher, um 3 Uhr Nachmittags zu einem Festmahl im Schützenhause vereinigen.

* [Baugewerkschule in Danzig.] Vor einiger Zeit hatte der Bezirksvorstand westpreussischer Bau-Innungen auf Antrag der Bau-Innung Danzig bei dem Herrn Oberpräsidenten um Gründung einer Baugewerkschule in Danzig petitionirt. Hierauf ist nunmehr dem Bezirksvorstande der Bescheid zugegangen, daß diese Petition dem Minister für Handel und Gewerbe befürwortend vorgelegt worden. Letzterer hat indeß anheimgegeben, wegen Gewährung eines angemessenen Zuschusses zu den Verwaltungskosten der Schule seiner Zeit beim hiesigen Magistrat das Geeignete zu veranlassen.

* [Eis auf See.] Aus Hela meldet man uns heute, daß von dort aus kein offenes Wasser zu sehen ist. Auf beiden Seiten der Landungen erblickt man nur eine feste Eisdicke. Eines gleichen Anblicks um Mitte Januar erinnern sich die ältesten Heleraner nicht. Hela ist jetzt auf beiden Seiten durch doppelte Eisdünen bis 30 Meter Stärke gepanert.

* [Von der Weichsel.] Die Lage an der Weichsel von der Mündung bei Neufahr bis Rothkrug und weiter aufwärts ist unverändert. Die königl. Fähranstalt bei Bohnack hat einen anderenweils Verkehrsweg über die Weichsel zur Verbindung der Chausseen Danzig-Weichsel und Bohnack-Stutthof immer noch nicht hergestellt. Die ungenügsame Windrichtung, durch welche das Eis auf der See gegen den Strand und die Mündung gedrängt wird, verhindert das Eisbrechen, indem das gebrochene Eis der Weichsel nicht abschwimmen kann. Die Eisbrecher liegen daher unter Dampf bei der Plehendorfer Schleufe.

* [Tunungsausfluß.] In der gestrigen Vorstandssitzung wurde zunächst eine vom Bezirksverbande westpr. Bau-Innungen entworfene Petition bezüglich der frühzeitigen Vergebung der Bauarbeiten, sowie ein Antrag des Bezirksvorstandes auf Herbeiführung der Unterstüßung dieser Petition, welche eventl. auch noch dem Reichs- und Landtage unterbreitet, sowie auch dem hiesigen Gewerbegericht zur Begutachtung vorgelegt werden soll, verlesen und durch die westpr. Provinzialverbände der Maler, Glaser, Töpfer, Schmiebe, Schlosser und Tischler angenommen. — Die Aufnahme der Insignien und Embleme u. der hiesigen Gewerkschaften wird durch Herrn Oberlehrer Dr. Osiermann nunmehr fortgesetzt werden.

* [Stadtheater.] Das früher oft gegebene beliebte Volksstück „Therese Arones“, hier neuerdings seit mehreren Jahren nicht vorgeführt, wird am Sonntag Abend wieder einmal in Scene gehen. In der Rolle des Ferdinand Raimund wird Herr Director Kofe mitwirken.

—s. [Berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] In der heute unter dem Vorhise des Herrn Regierungs-Raths Meyer abgehaltenen Sitzung des Schiedsgerichts für die Section IV der Nordöstl. Baugewerkschaft kamen u. a. folgende Berufungen zur Verhandlung:

1. Der Zimmergeselle Richard Amoll aus Danzig erlitt am 31. Mai v. J. in Folge eines Sturzes aus dem dritten Stockwerk in den Keller eine Verletzung des Rückens und des rechten Oberarmes, wofür ihm 54 Proc. Rente vom 31. August v. J. bewilligt worden.

Kläger beantragt höhere Rente, da er von derselben mit Familie nicht leben könne. Die Genossenschaft beantragt Abweisung, da die Anführungen des Klägers eine Erhöhung der Rente nicht zu rechtfertigen vermögen. Das Schiedsgericht erkannte auf Zahlung von 60 Proc. Rente.

2. Am 1. Februar v. J. erlitt der Maurergeselle Franz Kolbe aus Zoppot einen Anstichbruch am rechten Unterarm, in Folge dessen er 60 Proc. Rente erhielt, die vom Oktober 1892 ab auf 15 Proc. ermäßigt wurde, da eine wesentliche Besserung des Armes eingetreten war. Gegen den Herabminderungsbescheid legte er Berufung ein mit dem Antrage, die Rente zu erhöhen und ihn durch einen Kreisphysicus untersuchen zu lassen, denn durch den Unfall sei noch eine ganz bedeutende Schwäche im Fuße zurückgeblieben, die ihm das Gehen erschwere und das Befolgen einer Leiter oder eines Gerüstes unmöglich mache. Die Genossenschaft beantragt Abweisung, um so mehr, als der den Kläger behandelnde Arzt denselben nur um 5 Proc. in seiner Erwerbsfähigkeit behindert erachtet. Der Kläger wurde abgewiesen.

3. Im Oktober 1889 erlitt der Arbeiter Carl Albrecht aus Pr. Stargard beim Mühlenbesitzer Wicht in Dmütz-Mühle einen Unfall, bei dem er sich den Kopf und Rücken verletzte. Er erhielt in Folge dessen anfangs die volle Rente, die dann auf 75 Proc., später auf 37 1/2 Proc. herabgesetzt und vom 1. December v. J. denselben ganz entzogen wurde, weil er nach ärztlichem Gutachten wieder völlig erwerbsfähig sei. Er legte hiergegen Berufung ein, indem er das ärztliche Gutachten nicht anerkennt. Er behauptet, nach wie vor an Kopfschwindel und Rückenschmerzen zu leiden. Auch der Ausschlag auf dem Rücken schmerze ihn und hindere ihn am Tragen schwerer Gegenstände. Er behauptet, seine Erwerbsfähigkeit sei noch um mindestens 75 Proc. beschränkt, und beantragt, zum Beweise seiner Behauptung ihn der Königl. Charité in Berlin zu überweisen. Die Genossenschaft beantragt Abweisung des Klägers, da dessen Angaben simulirt seien. Das Schiedsgericht erkannte nach dem Antrage der Genossenschaft.

* [Schwurgericht.] Heute war der bisher unbestraft, 38jährige Arbeiter, Innatide Peter Gilla aus Jarichau, angeklagt, am 13. September 1892 eine Scheune des Besitzers August Malachowski auf dessen Gehöft Abbau Jarichau vorfälliger in Brand gesetzt zu haben. Gilla, welcher sich als Solbat eine Suhrverletzung zugezogen hat, wurde von einem Gefangenen auf dem Rücken in den Saal getragen. Er ist nur der polnischen Sprache mächtig und bestreitet jede Schuld. Bei Vernehmung des ersten Zeugen, der sehr belästigt ausfällt, will der Angeklagte plötzlich Verletzung der Verhandlung, weil er wegen heftiger Kopfschmerzen derselben nicht folgen könne, doch wird diesem Wunsche des Gilla nicht stattgegeben, weil derselbe von einigen Zeugen als gewandter Simulant und fleuchler geschildert wird. Nunmehr wohnt der Beschuldigte zeitweise der Verhandlung auf der Anklagebank liegend bei, weil er behauptet, nicht aufrecht sitzen zu können. Er soll die dem Malachowski gehörige Scheune aus Rache deshalb in Brand gesetzt haben, weil angeblich M. veranlaßt hatte, daß seine Invalidenperson von 9 auf 6 Mk. monatlich herabgesetzt wurde. Die Geschworenen sprachen Gilla der vorläufigen Brandstiftung unter Verneinung mildernder Umstände schuldig, worauf er zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Bermischtes.

Berlin, 18. Januar. Der heute früh fällige Berlin-Wiener Schnellzug durchfuhr nahe bei Oberberg eine Colonne von Streckenarbeitern, von denen zwei getödtet, mehrere schwer verstimmt wurden.

Glauchau, 18. Januar. Das Lehrerseminar zu Malbenburg ist wegen der daselbst epidemisch aufgetretenen Influenza geschlossen worden. (M. Z.)

Weiter und Verkehr.

(Depeschen des Wolffschen Bureau.) Breslau, 18. Jan. Die Eisenbahnstrecke Deutsch-Raffelwitz-Leobschütz ist der Schneeverwehungen wegen gesperrt, ebenso die Eisenbahnbrücke bei Steinau a. d. Oder, wo der Frühzug in Folge eines Radreifenbruchs theilweise zum Entgleisen kam. Der Verkehr wird vermittels Umfahrungen aufrecht erhalten. Die oberhalb des Zuges stehenden hier mit Verpätungen von 100 bis 150 Minuten ein.

Stralsund, 18. Januar. Das königliche Eisenbahnbetriebsamt macht bekannt: Wegen des anhaltenden Frostes wird die Tractatbeförderung nach Rügen zwischen Stralsund-Hafen und Allefährt mit heute eingestellt; Personen mit directen Fahrkarten, Eil- und Stückgut werden mittels Schritten befördert. Frachtgutbeförderung nach Rügen findet bis auf weiteres nicht statt.

Mannheim, 18. Januar. Das Rheineis steht fest von Germersheim bis Bingen.

Metz, 18. Jan. Die Eisenbahnzüge aus Frankreich sind heute wiederum in Folge von Schneeverwehungen mit starken Verpätungen eingetroffen. Der Schnellzug Paris-Frankfurt a. M. hatte eine vierstündige Verpätung.

Ropenhagen, 18. Januar. Wegen schweriger Eisverhältnisse sind die Expresszüge auf Seeland und Faltier vorläufig eingestellt worden.

Belgrad, 18. Januar. Der Eisenbahnverkehr zwischen Belgrad und Nisch ist unterbrochen. Ein Zug aus Nisch entgleiste und blieb im Schnee stecken.

Petersburg, 18. Januar. Die anhaltende Kälte der letzten Tage, welche 20 Grad überstieg und nachgerade unerträglich wurde, hat endlich nachgelassen. Das Thermometer zeigt 8 Gr. unter Null.

Petersburg, 19. Januar. (Privattelegramm.)

In Cuxatoria verschifften in Folge heftigen Sturmes drei Schooner und achtzehn Barkassen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte im Laufe der zweiten Etatsberatung bei dem Antrag Rantiz der Minister, die Regierung habe noch dreihundert Millionen zu Bahnbauten und Erweiterungen verfügbar. Mit dem Frühjahr werde es auf dem Gebiete der Eisenbahnbauverwaltung eine lebhaftere Thätigkeit und Beschäftigung vieler tausend Arbeiter geben. Kleinbahnen seien von Privaten auch viele projectirt.

Danziger Börse.

Antliche Notierungen am 19. Januar. Weizen loco inl. niedriger, transit niedriger per Tonne von 1000 Kilogr. feingalig u. meiß 745—799 Gr. 138—155 Mk. Br. hochbunt 745—799 Gr. 138—155 Mk. Br. hellbunt 745—799 Gr. 135—153 Mk. Br. 120—152 Mk. Br. 745—788 Gr. 132—153 Mk. Br. u. bes. roth 745—821 Gr. 130—152 Mk. Br. ordinär 713—766 Gr. 122—146 Mk. Br. Regulirungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 128 Mk. zum freien Verkehr 756 Gr. 149 Mk. Auf Lieferung 745 Gr. bunt per Januar-Juni zum freien Verkehr 153 Mk. Br., per April-Mai zum freien Verkehr 156 Mk. Br., 155 1/2 Mk. Br., transit 132 Mk. Br., per Mai-Juni zum freien Verkehr 157 1/2 Mk. Br., 157 Mk. Br., transit 133 1/2 Mk. Br., 133 Mk. Br., per Juni-Juli transit 135 Mk. Br., 134 1/2 Mk. Br. Roggen loco inl. niedriger, transit niedriger, per Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig per 714 Gr. inl. 120—121 Mk. transit 102—103 Mk. Regulirungspreis 714 Gr. lieferbar inländisch 121 Mk. unterpolnisch 102 Mk. Auf Lieferung per April-Mai inländisch 126 Mk. Br.,

125 1/2 Mk. Br., do. unterpoln. 106 Mk. Br. u. Br., 105 1/2 Mk. Br., Mai-Juni inl. 127 1/2 Mk. Br., 127 Mk. Br., unterpoln. 107 Mk. Br. Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. große 689—707 Gr. 120—124 Mk. Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inl. 126—129 Mk. Raps per Tonne von 1000 Kilogr. loco ruff. Sommer 180 Mk. Dotter per Tonne von 1000 Kilogr. ruff. 79 Mk. Heddrich per Tonne von 1000 Kilogr. ruff. 100 Mk. Alesfaat per 100 Kilogr. meiß 110—144 Mk., roß 100—128 Mk., schwedisch 120 Mk. Aleie per 50 Kilogr. (zum Gee-Export) Weizen 3,25—4,00 Mk. Spiritus per 10000 % Citer contingentirt loco 50 Mk. Br., Januar-März 50 Mk. Br., nicht contingentirt loco 30 Mk. Br., per Jan.-März 30 Mk. Br. Rohwucher matt, Rendement 880 Transfritpreis franco Neufahrwasser 13,85—14,00 Mk. Br. per 50 Kilogr. incl. Gach.

Börsebericht der Kaufmannschaft.

Danzig, 19. Januar.

Getreidebörse (h. v. Morflein.) Wetter: Trübe. — Temperatur: —4 Gr. R. Wind: NO. Weizen war heute abnorm in flauer Tendenz und sowohl inländischer wie Transitzweizen 1 Mk. transit mitunter auch 2 Mk. billiger. Begehr wurde für inl. hellbunt 788 Gr. 148 Mk., meiß stark beogen 786 Gr. 143 Mk., meiß 772, 777 und 780 Gr. 150 Mk., 780, 785, 788, 791, 793 Gr. 151 Mk., 804 Gr. 152 Mk., Sommer 777 Gr. 148 Mk., 804 Gr. 149 Mk., beogen 777 Gr. 146 Mk., für polnischen zum Transit blaueisig befeht 769 Gr. 120 Mk., bunt stark befeht 761 Gr. 124 Mk., guibunt 766 und 772 Gr. 126 Mk., 788 Gr. 131 Mk., per Tonne, Termine: Jan. u. Jan.-Febr. zum freien Verkehr 153 Mk. Br., April-Mai zum freien Verkehr 156 Mk. Br., 155 1/2 Mk. Br., transit 132 Mk. Br., Mai-Juni zum freien Verkehr 157 1/2 Mk. Br., 157 Mk. Br., transit 133 1/2 Mk. Br., 133 Mk. Br., Juni-Juli transit 135 Mk. Br., 134 1/2 Mk. Br. Regulirungspreis zum freien Verkehr 149 Mk. transit 128 Mk.

Roggen flau und niedriger. Begehr ist inländischer 732 Gr. 121 Mk., 738, 744, 750 und 756 Gr. 120 Mk., polnischer zum Transit 726 Gr. 103 Mk., 747 u. 756 Gr. 102 Mk., befeht 708 Gr. 102 Mk., Alles per 714 Gr. per Tonne. Termine: April-Mai inl. 126 Mk. Br., 125 1/2 Mk. Br., unterpolnisch 106 Mk. Br. u. Br., 105 1/2 Mk. Br., Mai-Juni inl. 127 1/2 Mk. Br., 127 Mk. Br., unterpolnisch 107 Mk. Br. Regulirungspreis inländisch 121 Mk., unterpolnisch 102 Mk. — Gerste ist gehandelt inländische große 689 Gr. 120 Mk., 698 Gr. 121 Mk., 707 Gr. 123 Mk., hell 692 Gr. 124 Mk. per Tonne. — Hafer inländisch 126 Mk., 129 Mk. per Tonne befeht. — Weizenbohnen polnische zum Transit 111 Mk. per Tonne gehandelt. — Raps ruff. zum Transit Sommer 180 Mk. per Tonne bez. — Dotter ruff. zum Transit sehr erbig 79 Mk. per Tonne gehandelt.

Nettisaat ruff. zum Transit 175 Mk. per Tonne bez. — Heddrich ruff. zum Transit 100 Mk. per Tonne gehandelt. — Alesfaaten meiß 55, 57, 57 1/2, 64, 65, 67, 70, 72 Mk., roß 40, 50, 55, 58, 59, 61, 62, 62 1/2, 63, 64 Mk., schwedisch 58, 60 Mk. per 50 Kilogr. bez. — Weizenkleie zum Seepor grobe 3,65 Mk., extra grobe 4 Mk., mittel 3,45, 3,50 Mk., feine 3,25 Mk. per 10 Kilogr. gehandelt. — Rübhuden polnische 5,50 Mk. per 50 Kilogr. befeht. — Spiritus contingentirt loco 50 Mk. Br., Januar-März 50 Mk. Br., nicht contingentirt loco 30 Mk. Br., per Januar-März 30 Mk. Br.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Januar.

	Gr. 18.	5% do. Rente	91,70	91,70
Weizen, gelb	158,70	159,00	4 1/2 Rm. Gold	83,20
April-Mai	161,00	162,00	Rente . . .	83,10
Juni-Juli	161,00	162,00	5% Anat. Ob.	89,00
Roggen	138,00	138,00	Una. 4% Grd.	96,80
Januar . .	140,00	140,00	2 Orient. A.	66,20
April-Mai	140,00	140,00	4% ruff. A. 80	96,70
Hafer	142,00	142,00	Combarben	43,20
Januar . .	140,00	140,00	Creb.-Actien	175,10
April-Mai	140,00	140,00	Disc. Com.	186,50
Petroleum	per 200 A.	23,00	Deutsche Bk.	158,50
loco	23,00	23,00	Laureatille.	95,00
Rübb.	49,70	49,60	Deir. Noten	168,80
Januar . .	49,70	49,60	Ruff. Noten	209,60
April-Mai	49,70	49,60	Morich. kurz	207,50
Spiritus	31,70	31,70	London lang	20,365
Jan.-Febr.	32,80	32,80	London kurz	20,28
April-Mai	107,60	107,20	Ruffische 5%	74,50
4% Reichs-A.	100,20	100,20	Gr. B. a. A.	74,50
3 1/2% do.	86,60	86,40	Dam. Priv.	—
3% do.	86,60	86,40	Bank . . .	—
4% Confols	107,20	107,20	D. Delmühle	85,00
3 1/2% do.	100,70	100,70	do. Prior.	96,10
3% do.	86,60	86,40	Wlan. G. R.	107,40
3 1/2% pm. Pdb.	98,50	98,10	do. G. A.	62,50
3 1/2% weipr.	97,20	97,20	Stamm. Gdb.	73,50
Pfandbr.	97,20	97,20	Dam. G. A.	73,75
do. neue . .	56,80	56,80	5% Tr. A. A.	90,10
3% ital. a. Dr.	56,80	56,80	5% Tr. A. A.	90,20

Rembour, 18. Jan. Weizen auf London i. C. 4,86. — Rother Weizen loco 0,81 1/2, per Januar 0,79 1/2, per Februar 0,80 1/2, per Mai 0,83 1/2. — Mehl loco 3,00. — Mais per Januar 52 1/2. — Frucht 1 1/2. — Zucker 3 1/2.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 18. Januar. Wasserstand: 1,18 Meier.

Wind: GD. Wetter: klar, froh.

Meteorologische Depesche vom 19. Januar.

Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Bar. Mill.	Wind	Wetter.	Tem. Cels.
Droilaghmore	770	WSW	4 bedeckt	8
Aberdeen	765	GS	3 halb bed.	5
Christianfjund	—	—	—	—
Ropenhagen	774	G	2 Dunst	-10
Stockholm	768	GMW	4 bedeckt	-8
Saparanda	753	GMW	6 bedeckt	-7
Petersburg	774	GMW	2 halb bed.	-10
Moskau	784	GS	1 bedeckt	-24
CorbQueenstown	772	MMW	2 wolbig	7
Cherbourg	772	N	3 bedeckt	7
Selder	773	GGD	1 Nebel	-0
Golt	772	GGW	2 bedeckt	-6 1)
Hamburg	775	GGD	2 wolhenlos	-17
Swinemünde	776	G	2 heiter	-27 2)
Neufahrwasser	776	GMW	1 bedeckt	-9
Nemel	776	GS	1 Nebel	-10
Paris	773	GS	2 bedeckt	-5
Münster	773	GS	2 bedeckt	-6
Arlsruhe	776	ND	2 wolhenlos	-22
Miesbaden	776	Mill	2 wolhenlos	-18 3)
München	772	NW	2 Dunst	-22
Chemnitz	779	Mill	1 Nebel	-25
Berlin	777	GS	1 wolhenlos	-21 4)
Wien	773	MMW	3 Schnee	-10
Breslau	776	N	1 bedeckt	-16
Die d'Air	772	ND	3 bedeckt	3
Riga	761	S	1 heiter	1
Triest	764	ND	3 halb bed.	0

Beilage zu Nr. 19933 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 19. Januar 1893.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Finanzminister Miquel: Es ist mir heute Lob und Tadel gesendet worden; das Lob möchte ich nicht annehmen und den Tadel ablehnen. Der Tadel stützte sich auf die Steuerreform und auf die Unterstützung des Brantweinsteuergesetzes. Ich bin noch heute der Meinung, daß ein Brantweinsteuergesetz, welches 100 Millionen neue Steuern auflegte, unmöglich war, ohne die Garantie, daß die landwirtschaftlichen Brennerien erhalten bleiben, das ist für den Osten Preußens und für ganz Deutschland eine Lebensfrage. Bereits 1879 habe ich die Grundzüge der Steuerreform, die ich heute als Minister durchzuführen mich bemühe, direct ausgesprochen. Ich kann also dadurch nicht ein Agrarier geworden sein. Ich lege auf diese Uebereinstimmung nicht den mindesten Werth, da ich nicht zu den Menschen gehöre, die unwandelbar in ihrer Anschauung sind. Ich würde niemals das geringste Bedenken haben, eine Meinungsänderung einzugestehen. Auf die anderweitige Organisation der Reichsbehörden, auf die Frage der Zollpolitik und Handelsverträge gehe ich nicht ein; sie gehören in den Reichstag. Es könnte aber so aussehen, als ob ich den Wunsch hätte, das Reichsschatzamt in meine Hände zu bekommen. Das muß ich durchaus ablehnen. (Abg. Richter: Habe ich gar nicht gesagt, sondern Herr v. Minnigerode.) Die Einnahmen müssen vermindert werden, aber die Ausgaben müssen steigen. Das ist die Politik der Herren (auf die Freisinnigen deutend), die sie immer befolgt haben. Aber ein solches Programm zu erfüllen, bin ich nicht im Stande. Ich will den Ernst der finanziellen Situation nicht abschwächen, möchte aber dieselbe auch nicht allzu pessimistisch aufgefaßt sehen; deshalb muß ich den Ausführungen des Herrn Riesecke entgegenreten. Die Forsten z. B. haben in 10 Jahren eine Steigerung von 50 v. H. ergeben. Wo sollen die Ueberschüsse stehen bleiben? Wir haben die Forsten aus ihren eigenen Einnahmen meliorirt und sie so ertragsfähiger gemacht. Aehnlich liegt es bei der Bergwerks-Verwaltung. Die Eisenbahnen haben sich immer noch günstiger entwickelt, als die durch sie bedingte Entwicklung unserer Schulden. Sie haben in zehn Jahren eine Steigerung der Netto-Einnahmen um 211 Millionen ergeben, während die Schuldenverwaltung eine Steigerung um nur 196 Mill. hat. Warum soll der Staat auf die Ueberschüsse aus der Betriebsverwaltung verzichten? Thun die Communen das? Der Staat könnte es nur, wenn er deswegen seine Steuerkräfte nicht in Anspruch nehmen brauchte. Wir müssen die Nettoüberschüsse zu erhöhen suchen durch Ersparung in den Ausgaben und auch durch Aenderung in den Organisations-, Verkehrs- und Tarifverhältnissen. Ich wünsche, daß nicht bloß der Landtag den vollen Ernst der Sache sich klar macht, sondern auch das ganze Land, damit man sich daran gewöhnt, daß jeder Lugus und jede vermeintliche Ausgabe wegsfällt. Trotzdem sehe ich mit Vertrauen in die Zukunft, aber wir müssen nach einem festen, klaren Plan handeln und wo wir uns selbst nicht vertrauen in der Verwaltung und hier im Hause, da müssen wir uns selbst durch Gesetze die erforderliche Schranke stellen. (Zustimmung.) Darauf wird es doch hinauskommen

Abg. v. Gynern (nat.-lib.): Die Unzufriedenheit im Lande, namentlich in den besitzenden Klassen, ist nicht durch die Erhöhung der Steuern hervorgerufen worden, sondern durch die Form der Erhebung, das lästige Eindringen in Privatverhältnisse, das nach Durchführung der neuen Steuerreform noch intensiver werden wird. Durch dieses Gefühl des Mißbehagens wird das Ansehen der staatlichen Organe überaus geschädigt. Die pessimistischen Anschauungen des Abg. Riesecke über unsere Gesamtfinanzlage kann ich nicht theilen. So ganz schlimm muß es doch nach den Ausführungen des Finanzministers nicht aussehen. Haben wir doch 10 Mill. für den Dombau bewilligt, ebenso 1 1/2 Mill. zur Ablösung der Stollgebühren, womit es doch noch gar nicht so eilig war. Die bisherigen Deficits haben uns nicht abgehalten, den Staatsbedürfnissen in weitestem Umfange Rechnung zu tragen. Die Betriebseinnahmen der Eisenbahnen werden sich mit der Zeit schon wieder steigern. Gegen die Vermehrung der Lotterieloose muß ich mich entschieden aussprechen. Lieber noch eine Erhöhung der Personentaxen. Die Lotterie hat doch auch eine moralische Seite. Im Jahre 1885 ist der Antrag Wagner betreffend Aufhebung der Staatslotterien hier mit großer Mehrheit angenommen worden. Daran sollten wir uns doch bei dieser Gelegenheit erinnern. An die Industrie werden immer höhere Anforderungen gestellt, namentlich sind es die Professoren, die im Wohlthun sich nicht genug thun können. Wozu das führt, haben die Vorgänge in Saarbrücken gezeigt. Dank haben die Industriellen von dem Wohlthun nicht geerntet. Die socialpolitische Gefeßgebung hat der Industrie große Lasten auferlegt. Daher wäre es Pflicht des Staates, der Industrie zu Hilfe zu kommen. Anstatt dessen vernachlässigt man öfter die inländische Industrie bei Submissionen. In England, dem Lande des Freihandels, beziehen die Eisenbahnen sämtliches Material im Inlande, ebenso in Oesterreich. Durch den Bezug englischer Schienen, die auf dem Wasserwege hierher kommen, gehen den Eisenbahnen Hunderttausende für Fracht verloren. Also die Eisenbahnen sind zum Theil schuld an dem Rückgang ihrer Einnahmen. Den deutschen Arbeitern gehen dadurch Hunderttausende an Löhnen verloren. Die Marineverwaltung bezieht sogar die Kohlen aus England. Im vorliegenden Etat sind eine große Anzahl hölzerner Schwellen neu gefordert, obwohl in letzter Zeit hauptsächlich eiserne Schwellen in Anwendung kamen. Diese hölzernen Schwellen werden aber vom Auslande bezogen. Hätte man eiserne Schwellen bezogen, so bedeutete das eine Zurendung von 20 Millionen an die Industrie. Gerade in der jetzigen Zeit ist es Pflicht des Ministers, unserer Industrie Arbeit zu geben, auch solche Arbeiten, die nicht sofort nöthig sind, damit nicht später die Arbeiten auf einen kurzen Zeitpunkt zusammengebrängt werden. Möge durch die Trübe, welche über unserm Lande lagert, ein heller Sonnenstrahl Vertrauens in die Zukunft brechen.

Ein Schlußantrag wird darauf angenommen. Der Etat wird zum Theil an die Budgetcommission verwiesen, während andere Theile sofort im Plenum zur zweiten Berathung kommen. Die Budgetcommission wird zur Berathung des Eisenbahnnetzes um 7 Mitglieder verstärkt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Antrag

Ranitz betr. den Bau von Secundärbahnen. Zweite Berathung der kleineren Etats.) Schluß 4 Uhr.

Danzig, 19. Januar.

× [Belocipedclub „Cito“.] Gestern Abend fand im Café „Hohenzollern“ die Generalversammlung statt, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. In Folge einiger im Vorstände getroffenen Veränderungen wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden und 1. Schriftwart Herr Boenig, zum 2. Schriftwart Herr Michaelis, zum 1. Fahrwart Herr Hempel und zum 2. Fahrwart Herr Wedel gewählt. Als Bau-Delegirte für das Jahr 1893 wurden die Herren Boenig und Heinrichs und als Stellvertreter Herr Ranitz gewählt. Der Antrag: „Das Verwaltungsjahr beginnt am 1. Januar; Neuwahl des Vorstandes im Dezember“ wurde von der Generalversammlung abgelehnt. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten, welche den Club und den Sport betrafen, wurde zur Vertheilung der beiden Preise an diejenigen Mitglieder, welche in der Fahrzeit 1892 die meisten Clubtouren gemacht haben, geschritten. Der erste Preis wurde hierauf Herrn Boenig und der zweite Preis Herrn Laddra zuerkannt. Endlich wurde noch beschlossen, im Februar einen Ball zu veranstalten.

* [Gesellschafts - Maskenball.] Die Friedrich Wilhelm-Schützenbrüderschaft wird am Sonnabend, den 11. Februar, in ihren Räumen des Schützenhauses einen Maskenball mit Aufführungen veranstalten. Da diese Redouten mit ihren überraschenden Arrangements aus den letzten Jahren her bei den Theilnehmern noch in lebhafter Erinnerung sein dürften, ist eine rege Theilnahme zu erwarten, da Gäste wie in früheren Jahren daran Theil nehmen können.

tz. [Wilhelmtheater.] Das Ensemble des Wilhelmtheaters ist seit einigen Tagen durch eine Reihe von neuen Kräften vervollständigt worden, von denen einige Erstaunliches leisten. Dies gilt zunächst von der Taubenkönigin Marzella, die in einem schneeweißen Tauben-Costüm auftritt inmitten der Schaar ihrer Lieblinge. Sie alle gehorchen ihrer Herrin auf einen Wink, lassen sich aus der Luft auf Arm und Haupt nieder und üben da die erstaunlichsten Kunststücke aus. Ein Täubchen setzte sich auf die Pistole, die die Herrin abschießt, ohne zu zucken. Ein anderes Täubchen zieht einen zierlichen Wagen, in dem einige ihrer Kollegen Platz genommen. Andere Tauben schaukeln sich. Vier bunte Thierchen laufen auf Bällen, andere steigen eine Leiter hinauf, kurzum es ist reizend anzusehen, wie die junge Dame ihre Pflanzung dressirt hat. Sehr gewandt sind die Parterre-Akrobaten Treuellos, zwei erwachsene Männer und ein Anabe, welche in Sprüngen und Kraft-Gymnastik Hervorragendes leisten. Sie arbeiten mit großer Sicherheit und Eleganz und wissen die Aufmerksamkeit des Publikums bis zu ihrem Eric zu fesseln. Auch Herr J. Charles als Drahtseil-equilibrist zeigte große Sicherheit in seinen Productionen. Eine tüchtige Kraft hat die Direction in dem eccentricen Reckturner - Paar Corti gewonnen. Der eine derselben trat als Engländer, der andere als Mohr auf. Beide verübten nun die tollsten Späße am Reck, bewiesen aber in ihren Leistungen, daß sie außerordentlich sichere Reckturner sind. Die Riesenwellen z. B. wurden brillant ausgeführt. Der Mimiker Karl Jürgen sen konnte uns nicht recht gefallen. Wir haben gerade in diesem Fach im Wilhelmtheater bei

weitem Besseres gesehen. Erwähnen wir noch die internationale Sängerin Mascha Danielowna, die russische und deutsche Lieder und Couplets zum Vortrag brachte, so können wir zum Schluß noch betonen, daß von dem alten Bestande namentlich die Gesangs-duettisten Granau und Seefeld, sowie die deutsch-ungarische Sängerin Joma Takashy durch ihre originellen Vorträge das Publikum lebhaft amüsiren.

* [Johannisstift.] Das Johannisstift hielt gestern seine diesjährige ordentliche General-Versammlung ab. Aus dem Bericht über das vierzigste Jahr der Wirklichkeit der Anstalt, den der Vorsitzende Hr. Prediger Mannhardt erstattete, entnehmen wir Folgendes: Von denjenigen Anaben, welche in der Anstalt längere Zeit gewesen sind und dann nach ihrer Einsegnung durch den Vorstand in die Lehre gebracht wurden, ist ein sehr erfreulicher Procentjah brav und ordentlich geblieben, obgleich die meisten, als sie in die Anstalt kamen, auf dem Wege der traurigsten Verwahrlosung waren. Im ganzen wurden in den verfloßenen 40 Jahren 452 Zöglinge in die Anstalt aufgenommen, davon sind 4 gestorben, 63 bilden den gegenwärtigen Bestand. Es sind also 385 Zöglinge im Laufe der vier Jahrzehnte entlassen worden. Davon sind 113 Anaben nach kurzer Zeit von den Angehörigen wieder zurückgenommen worden. 81 Anaben waren nur zeitweise untergebracht durch den Herrn Landesdirector der Provinz Westpreußen. Es waren Zwangszöglinge, die nach der Erbauung resp. Erweiterung der Provinzial-Zwangs-Erziehungsanstalt zu Tempelburg dorthin übergeführt wurden. Den Rest von 191 Zöglingen hat der Vorstand des Johannisstifts zu tüchtigen Handwerksmeistern in die Lehre gegeben. Von ihnen haben ihre Lehrzeit gut bestanden und sind ordentliche Menschen geworden 106, befanden sich noch in der Lehre, versprechen aber sich brav zu halten 24, ausgewandert oder zur See gegangen 23. Für eine außerordentliche Unterstützung von 1500 Mk. ist der Vorstand dem Danziger Sparkassen-Actien-Berein zu großem Dank verpflichtet, da bei der herrschenden Theuerung im vergangenen Jahre nur durch diese Zurendung ein größeres Deficit abgewendet wurde.

[Polizei-Bericht vom 19. Januar.] Verhaftet: 14 Personen, darunter: 1 Schneider wegen Diebstahls, 1 Commis wegen Betruges, 1 Obdachlose. — Gestohlen: 15 Ballen Gleisleisten, 54 Meter, 1 grauer Winter-Ueberzieher, 1 Schere, 2 Servietten, 1 Streichriemen. — Gefunden: 1 Schlüssel, 1 grauer Muff, abzuholen im Fundbureau der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 Notizbuch, abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

□ Elbing, 18. Januar. Das Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den ehemaligen Lehrer, jetzigen Landwirth und Winkelconsulenten Franz Berhomski aus Kamionken, welcher angeklagt ist, am 5. März 1891 vor der Strafkammer zu Rosenberg einen wissentlichen Meineid geleistet zu haben. Der Thatbestand ist kurz folgender: Der Besitzer Grochowshi hatte den Besitzer Pakalski zu Morohnen des Meines beschuldigt. Nachdem sich die Anschuldbigung für unwahr erwiesen, klagte Pakalski gegen Grochowshi wegen wissentlich falscher Anschuldigung. In diesem

Prozess wurde Berkowski darüber vernommen, ob er die betreffenden Schriftstücke angefertigt und ob er für diese Anfertigung Bezahlung erhalten oder Bezahlung nehme. Berkowski bekundete eidlich, die erwähnten Schriftstücke zwar angefertigt, aber keine Bezahlung genommen zu haben. Dieser Eid soll wissentlich falsch geleistet worden sein und hat sich dieserhalb B. vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte bestreitet seine Schuld; er will in der betreffenden Verhandlung die Frage des Vorstehens dahin verstanden haben, ob er für die Eingaben des Grochowski zu Morohnen Bezahlung genommen habe. Dieses habe er nicht getan, habe also die Wahrheit bezeugt. Ueber jene Verhandlung hat der Gerichtsschreiber, welcher bereits verstorben ist, nur einen Theil protocollirt. Nicht weniger als 41 Zeugen sind zu vernehmen, weshalb die Verhandlung erst morgen zu Ende geführt wird. — Im deutschen Hause fand heute Abend eine Versammlung von Fleischbeschauern aus Elbing und Umgegend statt. Es wurde beschlossen, zur Förderung gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Belehrung einen Verein von Fleischbeschauern ins Leben zu rufen. Die Berathung der Statuten findet in einer späteren Versammlung statt.

p. Rulm, 17. Januar. Der hiesige Vorschuh-Verein zahlt für das Geschäftsjahr 1892 seinen Mitgliedern, deren Anzahl 151 beträgt, 6 % Dividende.

K. Thörn, 18. Januar. Die Handelskammer für Kreis Thörn hat heute die zweite diesjährige Sitzung abgehalten. Aus den Verhandlungen heben wir Folgendes hervor: Wiederholt ist die Handelskammer bei den Staatsbehörden um den Bau einer Eisenbahn Thörn-Waldau-Leibitz auf Staatskosten vorstellig geworden. Die Zweckmäßigkeit und Rentabilität ist ziffermäßig nachgewiesen. Der Herr Oberpräsident theilt mit, daß der Frage wegen Herstellung der erwähnten Verbindung schon mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates, sowie zahlreiche, noch nicht befriedigte, dringende Verkehrsbedürfnisse anderer Landesheile zur Zeit nicht näher getreten werden kann. Der Herr Oberpräsident stellt anheim, ob nicht der Ausbau der fraglichen Strecke als Kleinbahn ins Auge zu fassen sein würde. Die Handelskammer beschließt, diesbezügliche Schritte zu thun. — Angeregt wurde die Frage wegen Erleichterung des Verkehrs mit Rußland. Der Grenzverkehr soll bestimmtem Vernehmen nach in nächster Zeit Erleichterungen erfahren, die Handelskammer wird deshalb vorläufig weitere Schritte in dieser Angelegenheit nicht thun.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 158—162. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 138—144. ruff. loco ruhig, Transito 112—114 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverpolt) ruhig, loco 51. — Spiritus loco matter, per Januar 23 Br., per Jan.-Febr. 23 Br., per April-Mai 22 7/8 Br., per Mai-Juni 23 Br. — Raffee fest, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum loco ruhig, Standard white loco 5.20 Br., per Febr.-März 5.15 Br. — Strenger Frost.

Hamburg, 18. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88 % Rendement neue Alliance, f. a. B. Hamburg per Januar 14.30, per März 14.32 1/2, per Mai 14.42 1/2, per Septbr. 14.35. Geschäftlos.

Hamburg, 18. Jan. Raffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 82, per März 81, per Mai 79, per Septbr. 79. Ruhig, aber fest.

Fremden, 18. Januar. Raff. Petroleum. (Schlußbericht.) Falschollfrei. Fest. Loco 5.45 Br.

Havre, 18. Januar. Raffee. Good average Santos per Januar 101.75, per März 101.25, per Mai 99.25. Ruhig.

Mannheim 18. Jan. Weizen per März 17.20, per Mai 17.20, per Juli 17.35. Roggen per März 14.95, per Mai

15.05, per Juli 15.15. Hafer per März 14.35, per Mai 14.75, per Juli 14.95. Mais per März 11.75, per Mai 11.75, per Juli 11.75.

Frankfurt a. M., 18. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Deisterreichische Credit-Actien 272 1/8. Lombarden 79 1/2, ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 151.40, Disconto-Commanidit 182.90, Dresdener Bank 139.20, Bochumer Gußstahl 115.70, Dortmunder Union St.-Pr. 55.50, Gelsenkirchen 133.90, Harpener 127.20, Hibernia 107.80, Laurahütte 94.50, 3 % Portugiesen 21.80, italienische Mittelmeerbahn 100.50, Schweizer Centralbahn 113.40, Schweizer Nordostbahn 102.30, Schweizer Union 67.20, italien. Meridional 125.40, Schweizer Simplonbahn 50.80, 1860er Loose —. Behauptet.

Wien, 18. Jan. (Schluß-Course.) Deister. 4 1/2 % Papierrente 98.70, do. 5 % do. 100.75, do. Silberrente 98.35, do. Goldrente 116.70, 4 % ungar. Goldrente 114.70, 5 % do. Papier. 100.90, 1860er Loose 149.00, Anglo-Aust. 154.80, Cänderbank 238.20, Creditact. 324.50, Unionbank 246.50, ungar. Creditactien 370.25, Wiener Bankverein 119.50, Böhm. Westbahn 357.00, Böhm. Nordb. 190.00, Buich. Eisenbahn 461.00, Dur-Bodenbacher —, Elbthalbahn 229.50, Ferd. Nordbahn 286.50, Franzosen 298.75, Galizier 219.50, Lemb.-Cern. 254.50, Lombard. 92.25, Nordwestb. 213.25, Pardubitzer 194.50, Alp.-Mont.-Act. 53.30, Tabakactien 168.00, Amsterd. Wechsel 100.00, Deutsche Plätze 59.25, Londoner Wechsel 120.70, Pariser Wechsel 48.10, Napoleons 9.61, Marknoten 59.25, Ruff. Banknoten 1.22 3/4, Silbercoup. 100, Bulgar. Anl. 111.25.

Amsterdam, 18. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 178, per Mai 179. — Roggen loco geschäftlos, do. auf Termine flau, per März 134, per Mai 131. — Rüböl loco 26 1/2, per Mai 26, per Herbst 25 3/4.

Antwerpen, 18. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirte Type weiß loco 13 bez. und Br., per Januar 13 Br., per Februar-März 13 1/4 Br., per September-Dezember 13 Br. Behauptet.

Paris, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 22.40, per Februar 22.40, per März-April 22.60, per März-Juni 22.90. — Roggen fest, per Januar 14.10, per März-Juni 14.70. — Weizen steigend, per Januar 49.90, per Februar 50.00, per März-April 50.00, per März-Juni 50.00. — Rüböl ruhig, per Januar 56.25, per Februar 56.75, per März-April 57.25, per März-Juni 57.50. — Spiritus steigend, per Januar 47.25, per Februar 47.50, per März-April 47.50, per Mai-August 47.50. — Weiter: Rall.

Paris, 18. Jan. (Schlußcourse.) 3 % amortisir. Rente 96.77 1/2, 3 % Rente 95.70, 4 1/2 % Anleihe —, 5 % italien. Rente 90.40, österr. Goldr. —, 4 % ungar. Goldrente 95.62 1/2, III. Orientanleihe 66.65, 4 % Russen 1880 —, 4 % Russen 1889 96.50, 4 % unific. Aegypt. 99.25, 4 % span. auß. Anleihe 60 1/4, convert. Türken 21.30, türk. Loose 87.10, 4 % Prioritäts-Türk. Obligations 431.75, Franzosen 632.50, Lombarden 213.75, Lomb. Prioritäten —, Credit foncier 967.00, Rio Tinto-Actien 391.25, Suezkanal-Actien 2582, Banque de France 3860, Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/16, Londoner Wechsel 25.09 1/2, Cheques a. London 25.11, Wechsel Amsterdam kurz 206.00, do. Wien kurz 205.75, do. Madrid kurz 421.50, Neue 3 % Rente —, 3 % Portugiesen 22.18, neue 3 % Russen 78.00, Banque ottomane 570.00, Banque de Paris 617, Banque d'Escompte 137.00, Credit mobilier 127.00, Meridional-Actien 615, Panamakanal-Actien —, Credit Foncier 742, Tab. Ottom. 356.00, 2 1/2 % englische Consols —, Cred. b' Esc. neue —, Robinson-A. 90.60, Privatdiscont 2 1/4.

London, 18. Jan. An der Rüste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Nachhalt.

London, 18. Januar. (Schlußcourse.) Engl. 2 1/4 % Consols 98, Br. 4 % Consols 105, 5 % italien. Rente 90 1/4, Lombarden 8 1/2, 4 % conl. Russen von 1889 (2. Serie) 97 3/4, convert. Türken 21 1/8, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4 % ungarische Goldrente 95 1/4, 4 % Spanien 60 3/8, 3 1/2 % privil. Aegyptier 93 3/8, 4 % unific. Aegyptier 98 1/8, 3 % garantierte Aegyptier —, 4 1/4 % ägypt. Tributianleihe 97, 3 % consol. Mexikaner 78, Ottomanbank 12 3/4, Suezactien —, Canada-Pacific 92, De Beers-Actien neue 17 1/4, Rio Tinto 15 3/4, 4 % Rupees 63 1/8, 6 % fund. argent. Anleihe 64 3/4, 5 % argentinische Goldanl. von 1886 65 1/4, do. 4 1/2 % äußere Goldanl. 37 1/2, Neue 3 % Reichsanleihe

86, Griechische Anl. v. 1881 62 1/2, Griechische Monopol-Anleihe v. 1887 55, Brasilianische Anleihe v. 1889 66 1/2, Blahdiscont 1 3/8, Silber 38 3/8.

London, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Für Weizen Käufer zurückhaltend, Mehl ruhig, aber stetig, Mais mitunter 1/4 sh. höher, Gerste fest, Hafer 1/2—3/4 sh. höher. Angekommene Weizenladungen unverändert. Schwimmendes Getreide ruhig, Gerste fest, Mais stramm.

Glasgow, 18. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 3 d.

Liverpool, 18. Jan. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Unverändert. Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Febr. 5 3/32 Verkäuferpreis, Februar-März 5 3/32 do., März-April 5 7/64 Käuferpreis, April-Mai 5 7/64 Verkäuferpreis, Mai-Juni 5 3/32 Käuferpreis, Juni-Juli 5 3/16 do., Juli-August 5 3/32 Werth, August-September 5 3/32 d. Verkäuferpreis.

Leith, 18. Januar. Getreidemarkt Markt stetig, aber leblos.

Newyork, 17. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.88, Cable-Transfers 4.88 1/4, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.16 1/2, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 3/8, 4 % fund. Anleihe —, Canadian-Pacific-Act. 89 3/8, Centr.-Pacific-Actien 28 5/8, Chicago u. North-Western-Actien —, Chic. Mil.-u. St. Paul-Actien 79 3/8, Illinois-Central-Actien 101 1/4, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 130 1/4, Louisville u. Nashville Act. 74 1/8, Nemp. Lake-Erie u. Western-Actien 24 3/4, Nemp. Central u. Hudson-River-Act. 109 3/8, Northern-Pacific-Preferred-Act. 46 7/8, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 37 5/8, Atchafson Lopeha und Santa Fe-Actien 35 1/4, Union-Pacific-Actien 40 3/4, Denver u. Rio-Grand-Preferred-Actien 54, Silber Bullion 83 3/8. — Baumwolle in Newyork 9 1/2, do. in New-Oreans 9 3/8. — Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 5.30, do. Standard white in Philadelphia 5.25, do. rohes Petroleum in Newyork 5.35, do. Pipeline Certificates per Februar 53 1/4, stetig. — Schmalz loco 11.05, do. (Rohe und Brothers) 11.45. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3 1/8. — Raffee (Fair Rio) 17 1/4, Nr. 7 low ord. per Februar 16.40, per April 16.10.

Chicago, 17. Januar. Weizen per Januar 76 3/4, per Mai 82, Mais per Januar 43. Speck short clear —. Perh per Januar 18.07 1/2. — Weizen anfangs höher, dann niedriger auf Realisirungen der Haufflers, Schluß schwach. Mais anfangs höher, dann niedriger auf größere Verkaufsaufordres. Schluß stetig.

Danziger Mehlnotirungen vom 19. Januar.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Raffermehl 16.50 M — Extra superfine Nr. 000 13.50 M — Superfine Nr. 00 11.50 M — Fine Nr. 1 9.50 M — Fine Nr. 2 7.50 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5.40 M.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 11.80 M — Superfine Nr. 0 10.80 M — Mischung Nr. 0 und 1 9.80 M — Fine Nr. 1 8.40 M — Fine Nr. 2 6.80 M — Schrotmehl 7.60 M — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5.60 M.

Aleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 4.80 M — Roggenkleie 4.60 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 19.00 M — Feine mittel 16.50 M — Mittel 14.00 M — Ordinaire 12.50 M. — Grünen per 50 Kilogr. Weizengrüne 14.00 M — Gerstengrüne Nr. 1 15.50 M, Nr. 2 14.00 M, Nr. 3 12.50 M — Safergrüne 16.00 M.

Productenmärkte.

Königsberg, 18. Januar. (v. Portatius und Grothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 777 Gr. 148, 775 Gr. 149, 772 Gr. 150, 759 Gr. 150.50, 759 Gr. und 765 Gr. 151, 765, 772, 775, 791, 794, 795 und 808 Gr. 153, 792 Gr. 154, 781 Gr. 155 M bez., bunter 775 Gr. 149, 762 Gr. blsp. 143 M bez., rother 749, 756 und 775 Gr. 150, 749 Gr., 762, 775, 779, 784 und 797 Gr. 151, abfallender 756 Gr. 140 M bez. — Roggen per 1000 Kilogr. inländ. 720—744 Gr. 122, 711—771 Gr. 122.50 M per 714 Gr. — Gerste per 1000 Kilogr. große 112, 114 M bez., kleine 108 M bez. — Hafer per 1000 Kilogr. inländ. 116, 120, 123, 124, 125, 126 M bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. weiße feine 136 M bez., graue 120 M bez., grüne 127 M bez. — Bohnen

per 1000 Kilogr. 116, 117 M bez. — Wicken per 1000 Kilogr. 104, 105, mittelgroße 108, 112 M bez. — Votter per 1000 Kilogr. Hanfianat ruff. 174 M bez. — Weizenkleie per 1000 Kilogr. ruff. grobe 70.73 mitte 68, 69, dünne 64 M bez. — Spiritus per 10000 Liter % ohne Fah loco contingentirt 50 1/2 M Ob., nicht contingentirt 31 M, per Januar nicht contingentirt 30 3/4 M Ob., per Jan.-März nicht contingentirt 33 M Br., per Frühjahr nicht contingentirt 33 1/2 M Br., per Mai-Juni nicht contingentirt 34 M Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 18. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco matt, 145—155, per April-Mai 159.25, per Mai-Juni 161.00. — Roggen loco matt, 126—134, per April-Mai 138.50, per Mai-Juni 139.00. — Sommerlicher Hafer loco 127—134. — Rüböl loco matt, per April-Mai 48.50, per Mai-Juni 48.50. — Spiritus loco matt, mit 70 M Consumsteuer 30.60, per Januar 30.00, per April-Mai 32.00. — Petroleum loco 9.90.

Berlin, 18. Januar. Weizen loco 147—161 M per April-Mai 160—159 M, per Mai-Juni 161.50—160.50 M, per Juni-Juli 163—162 M. — Roggen loco 131—138 M, guter inländ. 135.50—137 M a. B., per Januar 138.50—138 M, per Januar-Februar 138.50—138 M, per April-Mai 140.75—140 M, per Mai-Juni 141.25—140.75 M, per Juni-Juli 142—141.50 M. — Hafer loco 135—155 M, mittel und guter oft- und weipreukischer 137—142 M, pomm. und udermark. 138—143 M, schlesischer, böhmischer, sächsischer und süddeutscher 138—143 M, feiner idel., mährischer und böhmischer 144—148 M a. B., per Januar 142 M, per April-Mai 141—140.50 M, per Mai-Juni 141.75 M, per Juni-Juli 142.50 M. — Mais loco 125—139 M, per Januar 125.25 M nom., per April-Mai 113.25—112.75 M, per Mai-Juni 113 M nom., per Juni-Juli 113 M nom., per Juli-August 113.25 M nom., per September-Oktober 114.25 M nom. — Gerste loco 115—165 M. — Kartoffelmehl per Januar 18.50 M. — Trockene Kartoffelstärke per Januar 18.50 M. — Feuchte Kartoffelstärke per Januar 10 M. — Erbsen loco Futterwaare 135—146 M, Rohwaare 151—205 M. — Weizenmehl Nr. 00 22.00—20.00 M, Nr. 0 19.00—16.00 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18.25—17.25 M, ff. Marken 20.45 M, per Januar 18.35 M, per Januar-Febr. 18.35 M, per April-Mai 18.60—18.55 M. — Petroleum loco 23.0 M, per Febr. 23.2 M. — Rüböl loco ohne Fah 49.0 M, per April-Mai 49.5—49.6 M, per Mai-Juni 49.5—49.6 M. — Spiritus ohne Fah loco unverf. (50 M) 52.0 M, ohne Fah loco unversteuert (70 M) 32.6 M, per Jan. 31.6—31.7 M, per Januar-Februar 31.6—31.7 M, per April-Mai 32.5—32.9—32.8 M, per Mai-Juni 32.9—33.2—33.1 M, per Juni-Juli 33.4—33.7—33.6 M, per Juli-August 34.0—34.2 M, per August-September 34.5—34.8—34.7 M.

Nagelsburg, 18. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 % 14.85, Kornzucker excl. 88 % Rendem. 14.30, Nachproducte excl. 75 % Rendement 11.85. Ruhig. Brodraffinade I. 27.75, Brodraffinade II. 27.50. Sem. Raffinade mit Fah 28.00. Sem. Meis I. mit Fah 26.25. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Januar 14.27 1/2 Ob., 14.32 1/2 Br., per Februar 14.27 1/2 Ob., 14.30 Br., per März 14.30 Ob., 14.32 1/2 Br., per April 14.35 Ob., 14.37 1/2 Br. Russlos.

Schiffs-Liste.

Reisfahrwasser, 19. Januar. Wind: W. Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Ködner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthell: Otto Hofmann, sämmtlich in Danzig.

Gelegenheitsgedichte werden angefertigt Hühnerberg 1516 part.

Füttert die Vögel!